

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für sechs Monate 10.— M., im voraus zahlbar. Für Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen Bestellungen entgegen. Unter Schriftband besorgen für Deutschland und Österreich 14.— M., für das übrige Ausland 16.50 M., zuzüglich Warenauslieferung, per Brief für Deutschland und Österreich 26.— M., für den Rest der Welt 30.— M. Vertrieb: Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6.

Die achtseitige Kompartiments- oder deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Leertungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das erste Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Ersetzungszuschlag. Besondere Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.50 M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Morgen-Ausgabe: das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Friede oder Gewalt? Die gestrige Reichstagsdebatte

Die Lage gewinnt immer mehr Ähnlichkeit mit jener in den letzten Julitagen von 1914. Wieder stehen wir vor der letzten Entscheidung, ob Friede wird oder die Gewalt auf neue über Europa hereinbricht. Wieder handelt es sich darum, die letzten Möglichkeiten für die Gewinnung des Friedens zu erschöpfen. Wie damals der englische Außenminister Lord Grey den Vorschlag gemacht hat, durch ein Schiedsgericht den Konflikt aus der Welt zu schaffen, so hat jetzt die deutsche Regierung den Präsidenten Harding um einen Schiedspruch oder wenigstens um sein Vermittlungs-Eingreifen gebeten. Und wie damals in verbretterischer Leichtfertigkeit die wilhelminische Regierung den vernünftigen Plan scheitern ließ, so jetzt die französische Regierung jeder Vermittlung den äußersten Widerstand entgegen. Eine Neutermeldung bestätigt aufs neue, daß die französische Regierung den französischen Botschafter in Washington aufgefordert hat, das Staatsdepartement davon in Kenntnis zu setzen, daß sie die letzten deutschen Vorschläge weder billigen noch in ihnen die Grundlage für ein mögliches Uebereinkommen erblicken könne.

Der belgische Minister des Außern, Jaspar, hat dem Reuterschen Bureau mitgeteilt, daß Belgien den deutschen Vorschlag nicht einmal der Erörterung wert halte.

Die belgische Regierung bleibt also in der Scharfmacherei hinter der französischen nicht zurück, und es ist eine traurige Tatsache, daß es eine Regierung ist, der vier „sozialistische“ Minister angehören, darunter derselbe Vandervelde, der eben seine Unterschrift gesetzt hat unter den Mai-Aufruf der Zweiten Internationale gegen den Imperialismus und für den Völkerverein.

Das Verhalten Frankreichs hat die Hoffnung auf eine Beilegung des Konflikts noch weiter verringert, und es ist bezeichnend, daß die Marx gestern in Newyork zurückgegangen ist. Ob nach der schroffen Stellungnahme Frankreichs Lloyd George noch den Willen haben wird, die französische „Pfändernahme“ zu verhindern, ist sehr fraglich geworden.

Im Reichstag wurde gestern die Debatte über die auswärtige Politik zu Ende geführt. Ein Vertrauensvotum für die Regierung wurde nicht beantragt. Der Regierung wird die Verantwortung für ihre Politik allein überlassen. Herr Dr. Simons sprach gestern nochmals ausführlich. Ueber den wichtigsten und entscheidendsten Punkt konnte er nichts Neues sagen, da offizielle Beschlüsse Amerikas und Englands nicht vorliegen. Seine Hoffnungen sind aber offensichtlich sehr gering. Seine Hoffnungen sind aber offensichtlich sehr gering. Seine Hoffnungen sind aber offensichtlich sehr gering.

Im Verlauf seiner Rede trat der Minister mit großem Nachdruck für die möglichst schnelle Herstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland ein, die angeht die Erleichterung unseres Exports im Westen unbedingt erforderlich sei. Ebenso trat Dr. Simons für eine friedliche Verständigung mit Polen ein und wandte sich energisch gegen alle Versuche einer gewalttätigen Lösung. Zum Schluß wies er auf den Wahnsinn hin, daß die deutschen Kinder kein Hemd auf dem Leibe haben, während gleichzeitig in Amerika die Baumwolle verderbe, und forderte in Worten, die ein wenig an die Amsterdamer Beschlüsse anknüpfen, die internationale Zusammenarbeit für den Wiederaufbau.

Für unsere Partei gelangte Genosse Ledebour zu Wort, der in einer scharfen und wirkungsvollen Rede die Unfähigkeit der bürgerlichen Regierung zur Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme darstellte. Er zeigte, wie nur der internationale Klassenkampf des Proletariats die Welt aus der kapitalistischen Sackgasse der Gewaltpolitik herausführen könne. In England und Frankreich führen unsere Genossen den Kampf gegen ihren Imperialismus mit immer steigender Energie. Für sie streite die ökonomische Entwicklung selbst. Die kapitalistische Lösung der Wiedergutmachungsfrage habe bisher zur Heberarbeit und Verelendung hier, zur Arbeitslosigkeit dort geführt. Während bei uns die Kohlenarbeiter Heberschichten verfahren müssen, würden in England die Gruben stillgelegt, denn die englische Kohle könne nicht mehr exportiert werden, da Frankreich mit Reparationslohn vollgepfropft sei. So werde auch den englischen Arbeitern immer mehr die Erkenntnis aufgezwängt, daß nur die sozialistische Lösung den Interessen der Arbeiterschaft genügen könne.

Mit großem Nachdruck wandte sich Ledebour auch gegen die neuerdings zutage tretenden nationalistischen Treibereien in Schlesien. Durch einen Zwischenruf des Genossen Ludwig wurde festgestellt, daß auch der rechtssozialistische Oberpräsident Bartsch solchen Werbungen nicht fernstehe. Ledebour forderte Dr. Simons, der diese Agitation in seiner Rede scharf beurteilt hätte, auf, schnell und energisch nach dem Rechten zu gehen.

Prüfung der deutschen Vorschläge

Die amerikanische Antwort

C. W. London, 28. April.

„Daily Chronicle“ meldet aus Newyork: Staatssekretär Hughes teilte der deutschen Regierung in einer Note mit, daß der Sinn der neuen deutschen Vorschläge zu unklar sei, als daß die Vereinigten Staaten sie in der gegenwärtigen Form den alliierten Regierungen mitteilen könnten. Die Regierung der Vereinigten Staaten wolle vorerst alle irgendwie möglichen Zweifel über den Gesamtbetrag der von Deutschland angebotenen Entschädigung beseitigen.

Die Haltung Englands

London, 28. April. (Reuter.)

Im Unterhause erklärte Lloyd George, er bedauere sehr, daß die deutschen Reparationsvorschläge durchaus nicht zufriedenstellend seien. Sie würden gegenwärtig mit den anderen Vorschlägen zugleich von den Finanzfachverständigen aller Alliierten sehr sorgfältig geprüft.

Zur Frage der Besetzung des Ruhrgebiets sagte der Premierminister, er zweifle daran, daß die Entscheidung des Obersten Rates vor Montag oder Dienstag fallen könne.

CC. London, 28. April.

Im Unterhause gab Lloyd George folgende Erklärungen ab: Im Bedauern unendlich, sagen zu müssen, daß die deutschen Vorschläge in keiner Weise befriedigend sind. Ich habe gewünscht, sagen zu können, daß sie die Lage geändert haben. Sie werden jedoch im Augenblick mit anderen Vorschlägen zugleich von den gesamten Sachverständigen der Alliierten genau geprüft. So würde ich sehr bedauern, eine feste Erklärung aussprechen zu müssen. Ich fürchte jedoch sehr, daß Einflimmigkeit darüber herrschen wird, daß die von der deutschen Regierung gemachten Vorschläge als unbefriedigend erklärt werden.

Auf eine Anfrage erklärte der Ministerpräsident dann weiter, daß vor einer Besetzung Deutschlands das Unterhaus Gelegenheit haben wird, sich dazu auszusprechen. Dann sagte er noch hinzu: Ich glaube zu wissen, daß man in der Richtung Abmachungen getroffen hat, daß die Erörterung hierüber in der Sitzung des Unterhauses am kommenden Donnerstag stattfinden werden. Ich bemerke noch, daß die Entscheidungen des Obersten Rates noch vor Montag oder Dienstag getroffen werden.

Darauf fragte Lord Robert Cecil: Sollen wir diese Erklärungen so verstehen, daß das Land zu einer Aktion gezwungen sein wird, bevor die Debatte stattgefunden hat?

Lloyd George antwortete: Wenn der Abgeordnete damit sagen will, daß die Vertreter der englischen Regierung keine weiteren Verpflichtungen eingehen können, als die Regierung für notwendig erachtet, so könne er den Standpunkt nicht einnehmen. Es wäre durchaus nutzlos, sich unter solchen Umständen zu einer Konferenz zu begeben. Deshalb habe er endgültig am Montag erklärt, welches der Standpunkt der englischen Regierung in dieser Frage sei, nämlich, wenn die Vorschläge Deutschlands nicht befriedigend wären, es nicht an mir liegen würde, zu erklären, ob man Deutschland einen neuen Ausschub bewilligen soll. Wenn die deutschen Vorschläge nicht genügen sollten, wäre man zu einer gemeinsamen Aktion verpflichtet. Jedoch nur insoweit, als diese Aktion die Kohlengebiete Westfalens betreffe.

Von bürgerlichen Rednern sprachen heute nur die Vertreter der drei Regierungsparteien. Der Abgeordnete Stresemann — dazu lust der rechte Mann — hatte dabei die nicht leichte Aufgabe, das Verhalten der völksparteilichen Minister und seiner Fraktion, die der Politik Dr. Simons ausdrücklich zugestimmt hatten, mit dem nationalen demagogischen Agitationsbedürfnis in Einklang zu bringen. Er tat dies, indem er möglichst wenig über die auswärtige Politik sprach und möglichst viel gegen die Reden Müllers und Breitscheldts polemisierte, die Schuldfrage erörterte, die monarchistische Parade in Potsdam verurteilte, usw.

Alle diese Reden standen unter dem lähmenden Eindruck, daß unterdessen, ganz unabhängig und unbekannt davon, in Newyork und London die schweren Entscheidungen über das Schicksal der europäischen Menschheit gefällt werden.

Die Reichstagsitzung

Die Sitzung wird 14 Uhr vom Präsidenten Lobe eröffnet. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wird ein von den Regierungsparteien eingebrachter Gesetzentwurf, monach die Verfassung über Geld bis zum 1. Oktober 1921 verbietet und kraftbar bleibt, nach einer kurzen Begründung von dem Abg. Burzaga (3.) ohne Erörterung in allen drei Lesungen angenommen.

Die englische Regierung ist also von dem deutschen Angebot nicht befriedigt, aber sie hat noch keine endgültige Entscheidung gefällt. Diese hängt wohl nicht nur von der Prüfung der Sachverständigen ab, sondern von den Auskünften, die die Berliner Botschaft ihr geben wird.

Offizielle französische Erklärung

CC. Paris, 28. April.

In einer offiziellen Erklärung wird bekanntgegeben, daß der französische Botschafter Zusserrand der amerikanischen Regierung folgendes mitzuteilen hat: Da Frankreich in offizieller Weise über die deutschen Vorschläge von Amerika nicht befragt wurde, hat es auch keinen Anlaß, offiziell dazu Stellung zu nehmen. Im übrigen bereitet sich Frankreich vor, mit seinem Alliierten über diese Frage zu diskutieren. Es wünscht auch, sich in keiner Weise von diesen zu trennen oder ihnen eine bestimmte Haltung vorzuschreiben.

Zusserrand wird weiter erklären, daß Deutschland offiziell die Beratungen von London zu beeinflussen und zu verhindern sucht, daß die Alliierten zu einer Entscheidung gelangen. So lange diese Periode des „Handels“ sich verlängert und der Vertrag von Versailles nicht durchgeführt wird, hat Deutschland jederzeit die Aussicht, sich seinen Zahlungsverpflichtungen größtenteils zu entziehen. Gleichzeitig erhält sich seine Regierung viel leichter an der Macht, weil sie keine endgültige Verantwortung zu übernehmen hat, und die Personen, die gegenwärtig einen Revanchekrieg vorbereiten, viel freier arbeiten. Wenn Deutschland den ersten Willen hätte, das Reparationsproblem gegenwärtig zu lösen, so hätte es nicht bis zum Voreabend des Zusammentritts des Obersten Rates gewartet. Deutschland hätte sich erboten, klare und annehmbare Angebote zu machen. Deutschland hätte auch nicht versucht, die Vereinigten Staaten in Gegensatz zu den Alliierten zu bringen. Man darf sich dem Doppelspiel der deutschen Diplomaten nicht hingeben. Deshalb gibt die französische Regierung ohne Verzug den Eindruck bekannt, den die deutsche Note in Paris gemacht hat.

Da nunmehr die Vereinigten Staaten vollkommen aufgeklärt sind, was sowohl ihrem eigenen Wunsch wie auch den Interessen der Alliierten entspricht, können sie sich nunmehr ein Bild von der wahren Lage machen.

CC. Paris, 28. April.

Der Londoner Korrespondent des „Temps“ meldet: Die englische Regierung hat die Aufklärungen, die sie von Berlin verlangt hat, noch nicht erhalten. Diese beziehen sich besonders auf die §§ 1, 2 und 12 der letzten deutschen Note. Da der englischen Regierung der Wortlaut der Note noch nicht offiziell zugegangen ist, können auch die Informationen, die sie verlangt, nur privaten Charakter haben. In offiziellen Kreisen hat man den Eindruck, daß die neuen deutschen Angebote gegenüber den von Dr. Simons in London gemachten keinen Fortschritt bedeuten. Wenn die 100 Milliarden Goldmark auf einen größeren Zeitraum als 42 Jahre verteilt werden sollten, so würden die Alliierten bei einer derartigen Kombination ihren Vorteil nicht finden. Man hat den Eindruck, daß die deutsche Note von Zweideutigkeiten wimmelt. Man glaubt ferner, daß die amerikanische Regierung es ablehnen wird, die deutschen Vorschläge offiziell weiter zu leiten.

Fortsetzung der Debatte über die auswärtige Politik

Abg. Stresemann (D. N.): Die Vorwürfe wegen der Ausschaltung des Parlamentes sind nicht so schwerwiegend. Das Parlament kann nicht regieren. In der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, muß sie sich auf dieses Vertrauen stützen können. Die Regierung hat ein Spiel mit hohem Einsatz begonnen. Aber ich bin weit davon entfernt, ihr Vorwürfe zu machen. Ich halte es jedoch für selbstverständlich, daß der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, wenn die Antwort eingetroffen, zusammengerufen und ihm Gelegenheit zu sorgfältiger Stellungnahme gegeben wird. Die internationalen moralischen Kräfte, von denen Herr Müller sprach, haben bis zur Stunde versagt. (Beizeiten: Kritik!) An Anregungen wird es nicht gefehlt haben, aber Erfolg haben sie nicht gehabt. Es ist gesagt worden, die Zerstörungen der belgischen Maschinen seien ohne militärische Notwendigkeit vorgenommen worden. Die Entnahme der belgischen Maschinen ist erfolgt aus Schreimangele. Und was die Zerstückung der Bergwerke anbetrifft, so erinnere ich daran, daß Feldmarschall Hindenburg gesagt hat, wenn die Russen in Oberschlesien einbringen sollten, müßten die dortigen Bergwerke ohne Rücksicht auf die Privatwirtschaft zerstört werden.

Wir haben die Verantwortung auf uns genommen, daß die angesprochenen Fäden nicht wieder zerrissen werden. Aber das bedingt nicht die Zustimmung zu allen Einzelheiten dieses Vorgehens. Die Hauptfrage ist, ob wir nach der Revolution wieder zu solcher Weltverkehrsmöglichkeit kommen, wie vor dem Kriege. Ich glaube fest, daß wir wieder zu einer internationalen Verständigung kommen werden. Ich halte das für

rufen der Vereinigten Staaten für psychologisch verstanden und richtig. Aber die jetzige Umarmung, auch wenn sie zum Erfolg führt, kann nicht das letzte Wort sein. Schwierigkeiten gibt es zu überwinden. Nur zwei Ziffern, die das beleuchten: Im Jahre 1913 hatten wir eine Ausfuhr an industriellen und gewerblichen Erzeugnissen von 6 1/2 Milliarden Mark. Etwa gleich hoch waren die Löhne, die in Deutschland gezahlt wurden. 1920 betrug die Ziffer der Ausfuhr 60 Milliarden Papiermark, dagegen liegen die Löhne auf 120 Milliarden Mark. Während also früher eine Gleichheit bestand zwischen der Ausfuhr und den Löhnen, die für die Herstellung der Ware und für die internationale Zahlungsbilanz von ausschlaggebender Bedeutung sind, sehen Sie jetzt nur 60 Milliarden Papiermark einem mehr als doppelt so hohen Satz für Löhne gegenüberstehen.

Was wir jetzt brauchen, ist nicht ein politischer Bänderbund, sondern ein weltwirtschaftliches Clearinghaus (Abrechnungsbüro). Es wäre zu erwägen, ob nicht durch eine internationale Abgabe eine Summe international vereint werden könnte, aus der zunächst die von den Verstörungen am schwersten betroffenen Staaten, später aber, wenn die zerstörten Gebiete wieder aufgebaut sind, auch die bestellten Staaten Summen zur Verbesserung der Balance und der gesamten Wirtschaftsverhältnisse erhalten. Wir müssen die Folge unserer Niederlage tragen. Jede Regierung, ob sie links oder rechts ihre Stütze findet, wird für viele Jahre ganz schwere Zeiten durchzumachen haben. Wir sollen Verständnis haben für die schwierige Lage und nicht so leichtfertig von einer Verletzung der internationalen Würde reden, wie es gestern Herr Dr. Helfferich getan hat. Als Versuchen in dem großen napoleonischen Kriege unterlegen war und nicht zahlen konnte, boten sich preußische Prinzen als Geiseln an, um die Hinauszögerung der Vertragserfüllungen zu erreichen. Wir haben alles zu tun, wenn möglich auf dem Wege der Verständigung. Das Bekenntnis trotz uns wird ähnliche Ergebnisse in Estland, Kärnten und Oesterreich haben. Die Entente mag sich überlegen, ob sie nicht lieber uns die Möglichkeit geben will, durch Zusammenchluss aller Kräfte uns in den Stand zu setzen, die Forderungen zu erfüllen.

Reichsaußenminister Dr. Simons:

Die letzte Rede entbehrt mich eines Teils der Erwiderungen, die ich gegenüber Bemerkungen der Regierung machen wollte, besonders von der rechten Seite dieses Hauses. Aber der Redner hat doch noch nicht der besonderen Lage des deutschen Außenministers Rechnung getragen. Die Formulierungen, die ich in London nicht die Frage der Verantwortlichkeit am Kriege durchgefordert habe, sind nicht berechtigt. Vor mir saßen Leute, die ein Dokument mit dem Schuldbekenntnis Deutschlands in der Hand hatten. (Zuruf rechts: Der Friedensvertrag ist erzwungen.) Mein Protest hätte jede Möglichkeit einer weiteren vertraulichen Verhandlung zwischen mir und Lloyd George ausgeschlossen. Ich bleibe dabei: es war richtig, wenn ich mich auf folgende Worte beschränkt habe. (Minister Simons zitiert eine Stelle aus seiner Londoner Rede, in der er Lloyd George gegenüber betonte, daß die ausschließliche Schuld des deutschen Volkes am Kriege durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages nicht endgültig erwiesen sei.) Doch nach den gestrigen Verhandlungen glaube ich nicht, daß die Behandlung der Schuldfrage unsere Situation verbessern würde. Der Blick nach rückwärts ist leidenschaftlich aus. Die historische Vorarbeit für die Klärung der Schuldfrage ist im vollen Gange und wird fortgesetzt, aber der negative Beweis unserer Schuld muß in einen positiven verwandelt werden, der unmöglich ist, solange die Archive der Gegner verschlossen sind. Der Gedanke einer neutralen Untersuchungskommission ist schön, aber er ist verfehlt. Ich werde auch in Zukunft nichts zu tun unterlassen, um der geschichtlichen Forderung in der Erörterung der Schuldfrage nachzukommen. Es kommt nicht, daß nicht früh genug Vorwürfe wegen der Verhandlungen mit Amerika ausgesprochen worden sind. Das ist geschehen, aber es ist gescheitert. Ich habe bisher nur die Besprechung gehört, daß die Form des Schrittes falsch war, aber noch keinen Beweis dafür. Ich kann nicht anerkennen, daß die unerbittliche Unterwerfung unter einen Schiedsspruch über die Vorkriegsschuldfrage

so sehr gegen die Ehre Deutschlands verstoße.

Wenn man einen Vertrag von Versailles unterschrieben hat und durch Bestimmungen gefesselt ist, die aus der Reparationskommission heraus unterworfen, so ist das schlimmer als der Zustand, in dem wir durch die Unterzeichnung unter dem Schiedsspruch kommen müßten. Dem Abg. Helfferich, der mit einer scharfen Spitze über mich als den Kämpfer der Gerechtigkeit gesprochen hat, erwidere ich, daß man nur den Glauben an das Recht haben und unentwegt dafür kämpfen müsse, damit es sich endlich doch durchsetzt. Nach den Nachrichten aus dem Auslande scheint es, als ob auch diesmal eine Verständigung mit Frankreich über das Reparationsproblem ausgeschlossen ist. Es ist das bedauerlich, wenn auch verständlich. Die Zeit scheint noch nicht da zu sein, wo endlich die beiden großen Völker Mittel-Europas, die das Schicksal Europas zusammen in der Hand haben, erkennen, wie sehr sie auf einander angewiesen sind. In der französischen Presse werden die Folgen unserer Vorkriegsschuld als geradezu lächerlich bezeichnet. Damit stimmt das Verhalten der New-Yorker Börse nach Ankunft unserer Korrespondenten in Washington kaum überein. Seit Sonntag bis gestern ist dort die Markt um einen Punkt gestiegen, der Markt geht um fünf! (Hört! hört!) Die amerikanischen Geschäftsleute würden also offenbar unsere Vorkriegsschuld sehr viel anders einsehen. Ich sehe es noch nicht vollständig an, daß die französische Öffentlichkeit zu einer anderen Betrachtung kommt. Die Verhandlungen müssen freilich etwas mehr von dem Rechtsgedanken befreit werden, als es die Entscheidungen der Reparationskommission zeigen.

Ich habe eben erst eine Note der Reparationskommission bekommen, in der uns zugemutet wird, die gesamte Milliarde Goldmark der Reichsbank auf die Bank von Frankreich zu übertragen.

Diese Forderung halten wir für widerrechtlich.

(Zustimmung.) Die erste Form der großen Schadensrechnung war nach Berechnung der Reparationskommission der Betrag von 170 Milliarden Goldmark. Inzwischen haben unsere Unterhändler in Paris in wenigen Tagen diese Forderung auf 132 Milliarden herabgedrückt. (Hört! hört!) Gleichzeitig kündigt uns die Reparationskommission an, daß sie uns auch noch einen Zahlungsplan für diese ungeheure Millardensumme übermitteln will, was sie uns den Zeitraum von, sage und schreibe, 24 Stunden zur Prüfung gewährt. (Große Bewegung. Rufe: Unerhör!) Eine solche kurze Frist macht eine sachliche Prüfung des Reparationsproblems unmöglich. Die Einrichtung einer höheren Instanz an Stelle der Reparationskommission ist notwendig. Nur auf diesem Wege können wir aus dem ganzen Elend und aus dem Elend unserer bisherigen Notenwechsel heraus. Ich habe den Eindruck, als ob der französische Ministerpräsident in seiner Haltung in der Reparationsfrage im Zusammenhang mit der Frage der künftigen Sanktionen nicht mehr so sicher wäre, wie er es in London war. Er hat nach seiner Rückkehr von Hirtze in der französischen Kammer gesagt, wir Deutschen hätten inzwischen die Intervention der Tschechoslowakei und der Schweiz sowie des Vatikans angerufen.

Das entspricht nicht den Tatsachen

und dürfte nur auf Kombinationen des Herrn Briand beruhen. Nun geht Herr Briand noch weiter, er sagt, für Frankreich handelt es sich in erster Linie um seine Sicherheit; Deutschland habe noch nicht abgerüstet und verzichte nicht auf die Revanche. (Rufen b. d. Rechten.) Die französische Regierung begründet die Zwangsmassnahmen, durch die sie ihren Willen in der Reparationsfrage durchsetzen will, mit dem Verhalten Deutschlands in der Entwaffnungsfrage. Der Zweck ist die Meinung der Welt gegen Deutschland zu beeinflussen. (Sehr richtig.) Niemand kann sagen, daß Deutschland Frankreich bedroht. Frankreich ist jetzt die stärkste Militärmacht der Welt. Die militärischen Bestim-

mungen des Friedensvertrages sind auch nach englischer Auffassung in allen wesentlichen Punkten durchgeführt. Die kleinen Anstände, die da noch gemacht werden, sind von verschwindender Bedeutung. Das deutsche Heer ist auf hunderttausend Mann vermindert. Unsere Festungen an der Südgrenze besitzen keine Geschütze mehr, die an der Ostgrenze sind einmal 1000 Kanonen. Die Nordseeküste besitzt nur eine ganz unzureichende Bewaffnung. Wir besitzen so gut wie gar keine Rüstungsindustrie mehr. Wie sieht es dagegen mit der Entwaffnung der Welt, die in Etappen erfolgen sollte? Im Rückblick sind wir noch bei der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr. Wir sind verpflichtet, auch ihre Waffen abzuliefern und werden dieser Verpflichtung nachkommen.

(Zuruf links: Aber wann?) Die Ablieferung der Waffen aus Teupenbesitz wird Ende des Monats abgeschlossen sein. Versteht können nur ganz unbedeutende Mengen sein. Die Alliierten haben neue Sanktionen in Aussicht gestellt, weil Deutschland seine Verpflichtung zur Bekämpfung der Kriegsverbrecher nicht erfüllt hat. Wir stehen über die Aburteilung durchaus nicht hinaus. Demnach werden in London die ersten Verhandlungen und Zeugenerklärungen unter Hinzuziehung deutscher Vertreter stattfinden. Im Anschluß daran beginnen die Verhandlungen in Leipzig. Frankreich hat ein achtzehntausend Mann starkes Heer, das keine Belgien hat 120 000, Polen 600 000 Mann. Unsere Oberbefehlshaber sieht sich bedroht. Was an der Ostgrenze Deutschlands geschieht, ist nicht ein reaktionärer Nachschub zu befürchten, sondern ein springender stilles Feuer um die Zukunft unseres Landes. Wir müssen mit Polen den Weg der friedlichen Verständigung beschreiten. Ein erhebliches Stück sind wir auf diesem Wege schon vorwärts gekommen. Weitere Verhandlungen über einen Optionsvertrag sind im Gange. Auch über ein Verlehrsabkommen wird verhandelt. Hoffentlich gelangen wir zu einer gedeihlichen Lösung. Besonders bezüglich des großen Wirtschaftsabkommens und des Abkommens über Ober-Schlesien. Ober-Schlesien ist ein unteilbares Ganzes. Zweifelloser bestehen Zusammenhänge zwischen den kommunistischen Parteien Deutschlands und Rußlands. Ein schlüssiger Beweis für die Beeinflussung des mitteldeutschen Aufstandes durch die Sowjet-Regierung ist noch nicht erbracht. Sonst hätten wir schon daraus die Konsequenzen gezogen. Bezüglich wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland ist Ende März ein Vertragsentwurf an die Sowjet-Regierung abgegeben. Gestern ist ein russischer Gegenvorschlag eingetroffen. Wirtschaftsanknüpfungen sind außer von England auch von Dänemark, Norwegen und Schweden eingeleitet worden; ebenso hat St. Petersburg Andeutungen ähnlicher Art gemacht. In Rußland hat man sich in letzter Zeit wieder in großem Umfange der Privatwirtschaft zugewandt. Es muß daher ein Unterschied gemacht werden zwischen den Aktionen der R. P. D. und den Handlungen der russischen Regierung. Angeht die Hemmnisse im Westen ist Deutschland auf Handelsbeziehungen mit dem Osten angewiesen. Rußland braucht deutsche landwirtschaftliche und sonstige Maschinen. Die wirtschaftliche Wiederherstellung Rußlands ist eine Angelegenheit der ganzen Welt. Wollen wir den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, so muß ein Stich gezogen werden unter die Vergangenheit. Die Folgen des Krieges müssen

nach einem gemeinsamen weltwirtschaftlichen Programm gelöst werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß hier eine Bevölkerung ist, die nicht das Hemd auf dem Leibe hat, deren Kinder in Zeitungspapier gekleidet werden müssen, das keine Arbeitskräfte kaum ernähren kann, während in Amerika Arbeitskräfte fehlen. Des ist doch Wahnsinn. Da muß das Bewußtsein der Menschheit aus den Fugen gehen. (Anhaltende Bewegung im ganzen Hause.) Alle Wässer müssen für den Wiederaufbau Ideen und Opfer beisteuern. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Bernstorff (Dem.): Es ist bedauerlich, daß in einem so ernsten Augenblick hier parteipolitische Reden gehalten werden. Wir können dem schweren Druck von außen nur widerstehen, wenn wir innerlich einig sind. Das deutsche Volk ist in keiner Weise, weder politisch, noch militärisch für den Ausbruch des Krieges verantwortlich. Stärker als ihre Vorgänger wird die gegenwärtige amerikanische Regierung den allein richtigen Grundgedanken vertreten. Den Gedanken der Solidarietät der Interessen aller Nationen.

Abg. Dr. Spahn (Z.): (Auf der Tribüne verständlich.) Wir sind zu jedem Opfer bereit, können aber nur mit Arbeit bejahen. Es war richtig, daß die Anregung des Kardinalstaatssekretärs in Rom nicht abgelehnt wurde, wenn auch ihre Verwendung in anderer Weise vorgezogenen Weise geschehen ist. Wenn der Außenminister behauptet hat, daß zwei Artikel der „Germania“ eine Bestimmung des Kardinalstaatssekretärs erzeugt hätten, so bestreitet die „Germania“ die Richtigkeit dieser Mitteilungen. Dr. Helfferich hat auf einen Mann hingewiesen, der durch ein Telegramm die päpstlichen Bestrebungen sabotiert haben soll. Im Vorlande meiner Fraktion ist von Kennern der Vorgänge diese Andeutung auf das Bestimmteste bestritten worden.

Abgeordneter Genosse Ledebour

Einig sind alle Parteien und die Regierung darüber, daß der Friedensvertrag von Versailles ein Akt der Vergewaltigung ist, und daß die Londoner Reparationsforderungen in ihrem vollen Umfang auf eine Verelendung und Verflauung der deutschen Volkswirtschaft hinauslaufen. Einig sind auch alle Parteien darin, daß der Friedensvertrag soweit ausgeführt werden muß, wie es die Lebensfähigkeit Deutschlands ermöglicht. Aber auseinander gehen die Meinungen darüber, wie das zu geschehen habe. Da die Produktionsfähigkeit stark herabgemindert worden ist, kann das von der Entente geforderte nicht geleistet werden. Aber wenn es geleistet werden könnte, würde es nicht nur die Lage der deutschen, sondern auch der französischen, englischen und der Arbeiter der anderen Länder aufs schwerste verschlimmern. Es ist die Pflicht des deutschen Volkes, die Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen, nicht, weil die Entente das als ihr Recht beansprucht; wenn die Entente moralischer, so ersucht mich ein Stiel, gleichgültig, ob der moralisierende Advokat des Militarismus Briand oder Lloyd George oder Helfferich heißt.

Im einzelnen über die deutschen Regierungsvorschläge zu sprechen, lohnt sich nicht, angesichts der neuen Nachrichten aus Amerika, wonach dieses wegen der Haltung der Entente auch die Übermittlung der deutschen Vorschläge ablehnen soll. Man hätte sich von vornherein auf die Vorschläge der internationalen sozialistischen Arbeiterkraft einigen sollen, aber darauf ist der Minister Simons gar nicht eingegangen. Nichts ist interessanter, als daß sowohl ein Kommunist als auch ein Deutschnationaler uns vorwerfen, wir befürchten die Geschäfte der Entente. Daß ein Kommunist das sagen konnte, wundert mich im höchsten Grade, wie wollen ja gerade dem Kapitalismus die Gelegenheiten nehmen, aus dem Wiederaufbaugeschäft Profite zu ziehen. Die Parteien aber und die Staatsmänner, wie Herr Helfferich, die den Krieg bis zum Weißbluten fortführen wollten, haben nicht das geringste Recht, Kritik an der Politik der Regierung zu üben. (Widerspruch und Zuruf der Deutschnationalen.) Abgeordneter Berndt ruft: Sie läugnen. Abgeordneter Dr. Bell rügt diesen Ausdruck und erlucht, sich in den Zurufen zu mähen. Sie (zur Rechten) würden Ihrem Vaterlande den größten Dienst erweisen, wenn Sie den Mund halten. (Zuruf: Das könnte Ihnen so passen.) Das könnte mir deshalb passen, weil dann die Entente nicht mehr Gelegenheit hätte, aus Ihren Heereisen immer neuen Nährstoff für ihr imperialistisches Vorgehen gegen Deutschland zu ziehen. Als Minister Simons dafür eintrat, daß wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland angeknüpft werden müßten, habe ich mich sehr gefreut, und schon immer versucht, die drei sozialistischen Parteien zu einer gemeinsamen Aktion zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu vereinigen. Aber damit wollten die Kommunisten durch-

aus allein bleiben. Wir brauchen dringend die baldmöglichste Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland und Polen. Wenn es gelingt, auf dem Verhandlungswege die angebotenen neuen Sanktionen hintan zu halten, so ist damit noch nicht alles getan. Eine Rettung aus der furchtbaren Lage, in der sich die ganze Welt befindet, ist nur möglich, wenn die Arbeiterkraft in allen Ländern die Gestaltung der Geschäfte in ihre Hand nimmt.

Damit schließt die Ansprache über diesen Gegenstand. Der Entwurf eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 wird dem Hauptausschuß überwiesen, das vorläufige Dreiklassenverzeichnis in erster Lesung erledigt. Das Haus vertagt sich. — Freitag, 1 Uhr, Anfragen, Berichterstattung von Kriegsverbrechern und Kriegsvergehen, Sondergerichte, Erwerbslosigkeit.

Helfferich verduftet!

Trotzdem im Stenografenbuch des Reichstages der Regierungsvorbericht in der Sitzung am Donnerstag mit Nachdruck darauf hinwies, daß die von den Deutschnationalen verlangte Festsetzung von Normallöhnen für die Berechnung des Einkommens bei landwirtschaftlichen Betrieben dem Geleße widerspreche und deshalb nicht auf dem Verordnungswege geregelt werden könne, sprachen sich die Redner der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten für diese Regelung aus. Die Regierungsparteien brachten am Schluß der Sitzung einen Kompromißantrag ein, der zwar den Anschein des Entgegenkommens erweckt, die Hauptbedenken aber nicht beseitigt. Ueber ihn soll heute abgestimmt werden.

Während der Debatte kam es zu teilweise sehr heftigen Zusammenstößen zwischen den Rednern der Linken und der Rechten. Viel härter als der Rechtssozialist Keil, der die Anträge teilweise für berechtigt hielt, sprach sich sein Parteifreund Hartleb gegen die Anträge der bürgerlichen Parteien aus. Als er dabei die bürgerlichen Parteien solche persönlichen Angriffe (!!) machte, erlaubte sich Helfferich, der in diesem Ausbruch in noch anmaßenderem Ton auftritt als sonst, Hartleb durch Zwischenrufe zu beschimpfen. Er verlor aber sofort die Sprache, als er wegen dieser Frechheit durch Zwischenrufe der Unabhängigen die verdiente Antwort bekam und entfernte sich bald darauf aus der Sitzung.

Abg. Herz (U.S.P.) lehnte die neue Begünstigung der Agrarier rundweg ab und forderte von der Regierung eingehende Auskunft über das Rundschreiben des Kreiswirtschaftsverbandes Teltow, das zum Steuerstreik auffordert. Die Regierung sagte zu, sich in der nächsten Sitzung des Ausschusses dazu zu äußern.

Das Lohnabkommen im Ruhrbergbau

Die Ueber-schichten aufgehoben

Essen, 28. April.

Zwischen den unterzeichneten Verbänden wurde heute folgendes Abkommen getroffen: Zwischen den unterzeichneten Verbänden wurde heute folgendes Abkommen getroffen: Vom 20. April ab treten folgende Lohnbedingungen ein: Für Gedingearbeiter unter Tage 5,50 M. je Schicht gegenüber dem Durchschnittslohn der betreffenden Gedingearbeiter der einzelnen Schichttage von Oktober 1920, für Schichtführer über 20 Jahre 8 M. je Schicht, für 18 und 19 Jahre alte Schichtführer 4,50 M., für 16 und 17 Jahre alte Schichtführer 2,50 M., für 14 und 15 Jahre alte Schichtführer 1,50 M. Die Sätze in einzelnen Stufen über und unter Tage bleiben dieselben. Für Gedingearbeiter wird der Grundlohn auf 27 Mark erhöht. Es werden die bisherigen Zulagen von 4,50 M. und 2 M. bzw. 1 M. je Schicht, soweit sie nicht durch die Erhöhung des Grundlohnes abgegolten sind, im Gedinge berechnet. Die Bedingung für dieses Abkommen ist, daß die Kohleregierung auf die Abführung des Betrages von 5 M. verzichtet, der gegenwärtig vom Kohlenpreise für die Lebensmittelförderung der Bergleute einbehalten wird und hierfür bei dem Wegfall der Ueber-schichten nicht mehr in Betracht kommt. Bei diesem Abkommen wird vorausgesetzt, daß die Kohlenförderung in einer regelmäßigen Schicht so erhöht wird, daß unserer Wirtschaft die notwendige Kohlenmenge zugeführt werden kann. Sollte eine Steigerung der Kohlenförderung in erforderlichem Maße auch bei Beachtung notwendiger Betriebsverbesserungen nicht eintreten, so wird ein neues Ueber-schichtenabkommen vereinbart werden müssen, über das in Arbeitsgemeinschaft zu verhandeln ist. Jederverband, Verband der Bergarbeiter Deutschlands, polnische Berufsvereinigung, Abteilung der Bergarbeiter Deutschlands, Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter.

Die Werbungen in Schlesien

Unsere Redner im Reichstag haben bereits nachdrücklich vor den Werbungen in Schlesien gewarnt. Eine von dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund, der Ufa und von Vertretern der Sozialdemokratie besuchte Konferenz des Waldbenburger Industriegebietes hat nunmehr gleichfalls Stellung gegen diese Treibereien genommen. Mit Recht werden sie als Veruche bezeichnet, dem endlich überwundenen Militarismus und der Reaktion wieder in den Sattel zu helfen. Interessant ist folgender Absatz in der angenommenen Resolution: Die Versammelten bedauern aufs tiefste, daß sich auch Genossen in Regierungsstellen für die geplante Erhebung eingesetzt haben, und erwarten, daß diese Genossen sofort ihre Haltung ändern. Andernfalls muß die Sozialdemokratische Partei die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen.

Dadurch werden Mittelungen, die auch wir erhalten haben und an anderer Stelle erwähnen, völlig bekräftigt. Hier enthält sich ein netter Skandal, der die Erinnerung an das Verhalten der Roske und Winnig während des Baltikum-Abenteuers weckt. Es ist gut, daß diesem Treiben endlich ein Ende bereitet wird.

Ein ärztlicher Protest

Der Vorstand des Vereins sozialistischer Ärzte erhebt anlässlich des Falles Solt — auf Grund der ihm zu gegangenen Berichtes sowie der Veröffentlichungen in der politischen und medizinischen Presse und der Verhandlungen in den Parlamenten — schärfsten Einspruch dagegen, daß dem Verwandten nicht sofort die nötige sachgemäße Hilfe zuteil geworden ist, sowie auch dagegen, daß nach dem Tode des Verstorbenen vorzeitige Sektion die Ergebnisse der folgenden gerichtlichen Untersuchung entwertet worden sind.

Kapitalistische Schwerverdiener Profitorgien

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Reichstags steht die Beratung der Anträge der unabhängigen und der rechtssozialistischen Fraktion zur Arbeitslosenfrage. Die wachsende Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, das steigende Elend der Arbeitslosen waren der zwingende Anlaß zu dieser Einleitung einer energiegelichen Aktion, bei der die beiden sozialistischen Parteien als die Vertreter der gesamten organisierten Arbeiterschaft auftreten, deren Forderungen sie sich zu eigen gemacht und erweitert haben.

Aber nicht nur die Frage der Arbeitslosigkeit als einzelnes Problem soll bei dieser Gelegenheit aufgerollt werden, sondern die Arbeitslosigkeit als eine der Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der jetzigen Wirtschaftskrise. Im Gegensatz aber zu früheren Krisenzeiten, die mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise untrennbar verknüpft sind, ist die gegenwärtige und allerdrückendste zu einem Segen für weite Kreise des Unternehmertums geworden, hat eine Bereicherung dieser Schichten mit sich gebracht, die den aufreizendsten Kontrast bildet zu dem steigenden Elend der Arbeiterklasse.

Trotzdem die Geschäftsabschlüsse der Unternehmungen außerordentlich deutliche Anzeichen für die Riesengewinne der Unternehmungen geben, leugnen die Kapitalisten gewöhnlich das Vorhandensein einer solchen Profitwelle. Gerade zur rechten Zeit kommt deshalb ein Artikel der „Frankfurter Zeitung“, der alle Behauptungen von dem steigenden Gewinnen bekräftigt und die glänzenden Abschlüsse der Unternehmungen einer vernichtenden Kritik unterzieht. In diesem Artikel heißt es:

Was in den großen Teuerungsjahren 1919 und 1920 schwer kontrollierbar war, beginnt sich jetzt allmählich etwas klarer übersehen zu lassen. Die jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Geschäftsberichte der bankgeschäftlichen, industriellen und Handelsunternehmungen zeigen fast durchweg derartig enorme Ertragsüberschüsse, daß sich ganz zweifellos folgendes ergibt: Die Produktion ist außerordentlich weit mit ihren Preissteigerungen gegangen, sie hat zweifellos in vielen Fällen das notwendige Maß überschritten, die Verteuerung der Güter und Leistungen ist in vielen Fällen zu einer Quelle unerschöpflicher, für die Gesamtheit der Volkswirtschaft schädlicher Gewinne geworden. Wir wissen sehr wohl, daß der zeitweise sehr günstige Auslandsabsatz mit seinen Saldoerträgen fast allen Unternehmungen starke Sondererträge zugeführt hat, wir wissen auch, daß die Unternehmungen wesentlich erhöhter Ergebnisse bedürfen, um das auf ein Vielfaches gesteigerte Bedürfnis nach Amortisation und Bereitstellung von Reserven für Neuanlagen zu befriedigen, daß in diesem Sinne direkte Inflationswirkungen vorliegen. Wir erkennen auch den Wunsch der Aktionäre nach der Geldbewertung entsprechenden, erhöhten Einnahmen in gewissem Umfang an. Aber nicht nur das alles wird durch die nachgewiesenen Ergebnisse der letzten Geschäftsperiode befriedigt, sondern weit darüber hinaus werden vielfach Gewinne ausgezeigt, deren sich die Unternehmungen in gewissen Fällen kaum zu erwehren vermögen, so daß Bonuszahlungen, Gratis- oder billige Aktien, wertvolle Bezugsrechte an der Tagesordnung sind. Und diese Situation wird richtig beurteilt

erst, wenn man sich vor Augen hält, daß das, was die Unternehmungen als Ergebnisse ausweisen, in allen Fällen nur Teile der wirklichen Ueberschüsse sind — niemals ist die Vorsorge für stille Reserven umfassender und mit größeren Mitteln betrieben worden als gegenwärtig. Das geht soweit, daß in manchen Fällen — nicht immer vermag auch das klarzustellen — die Wege zur Schaffung von Abschreibungsmöglichkeiten aufgeschoben werden. Die Fälle sind nicht ganz selten, in denen Futura-Transaktionen unter dem Gesichtspunkte der Unterbringung von stillen Reserven vorgenommen oder gesucht werden; die plötzliche Aufnahme der kostspieligen Selbstversicherung in großen Industriezweigen gehört in dasselbe Kapitel. Die erstaunlichen Ueberschüsse, welche beispielsweise Glasfabriken, Unternehmungen der Papierindustrie, der Textilbranche usw. trotz aller Vorwegabzählungen aufweisen — es ließe sich eine Fülle von Einzelbeispielen aus diesen und anderen Branchen aufzählen —, sind in Wahrheit nichts anderes als Beweise einer ungeheuren Kapitalpolitik und volkswirtschaftlich in höchstem Grade schädlichen Ueberschusspolitik, die zu sehr ernstlichen Bedenken Anlaß gibt. Die Sondergewinne, welche die Erträge brachten (Gewinne, die aus der Valutastärke der Gesamtwirtschaft erwachsen), sind von der deutschen Volkswirtschaft viel zu sehr als erwünschte Bereicherung und viel zu wenig unter dem Gesichtspunkte der notwendigen Reduzierung der inländischen Verbrauchspreise betrachtet worden.

Doch nicht nur die industrielle Arbeit zeigt diese mit der allgemeinen Notlage in Deutschland so stark kontrastierenden Verhältnisse. Jedermann weiß, wie schwer auf dem ganzen geschäftlichen und gewerblichen Leben die Verteuerung der Bankgebühren, die ungeheure Spanne zwischen der Verzinsung der Depots und der Kosten von Bankkrediten lastet. Die deutsche Bankwelt hat ihre Forderungen für jede Zinsanspruchnahme herauf erhöht, daß nur in den seltenen glänzenden Geschäftsjahren die beanspruchende Industrie, der Handel, der Privatmann den Bankforderungen einigermaßen gerecht zu werden vermag. Jeder Konjunkturschwung — und ein solcher ist seit mehreren Monaten eingetreten — muß diese Ueberschüssigkeit bis zur Unerschöpflichkeit fühlbar machen. In der Tat sind diese Verhältnisse heute bereits akut.

Der Hochstand der Teuerung, die damit verbundene Verschwendung aller Lebensverhältnisse ist, wie sich aus vorstehendem ergibt, nicht in ihrem ganzen Umfange eine naturnotwendige, unabweisliche Erscheinung — die Einnahme- und Gewinnüberschüsse sind zweifellos vielfach und in schädlicher Weise auf Kosten des Konsums willkürlich überspannt worden. Die Konsequenzen daraus sollten gezogen werden.

Diese Konsequenzen können nur darin bestehen, daß, wie wir neulich bereits dargelegt haben, neben den allgemeinen wirtschafts- und steuerpolitischen Maßnahmen, die den Riesengewinnen des Unternehmers zu Leibe gehen, die Unternehmer besonders herangezogen werden zur Tragung der Lasten, die durch die Einführung der Kurzarbeit den Arbeitern entstehen. Daß das Unternehmertum diese Lasten tragen kann, war für den Kenner der Wirtschaftsverhältnisse nie zweifelhaft. Nach den Darlegungen der „Frankfurter Zeitung“ wird das jetzt aber auch für die eingeschworstenen Unternehmerröselinge unbestreitbar.

lation besteht, die in dem gleichen Sinne arbeitet. In der Spitze dieser Organisation steht ein Herr von Oppen.

Diese Mitteilungen, die uns von durchaus zuverlässiger Seite zugehen, werfen ein großes Schlaglicht auf die Umtriebe der monarchistischen und militaristischen Reaktionen. Sie sind aber auch deshalb von größter Wichtigkeit, weil sie entgegen den täglichen Behauptungen der reaktionären Presse, daß Waffen sich lediglich im Besitz der Arbeiter befinden, beweisen, daß die Reaktionen der Kommunisten darin voraus sind, daß sie „im Großen“ arbeiten. Sie sollten aber auch der Regierung zu bedenken geben, der sie zeigen, daß ihr in der Entwaffnung noch viel zu tun überbleibt.

Es handelt sich bei den oben mitgeteilten Tatsachen offenbar um eine zentrale Organisation, die die verheimlichten Waffen sammelt und sie an die einzelnen Plätze in Deutschland weitergibt, die bei einem Rechtsputsch beansprucht werden sollen. Da die Angaben äußerst genau, die ersten Schritte der Unternehmung auch bereits erfolgt sind, verlangen wir von der Regierung, daß sie mit aller Energie und ohne Rücksicht auf Personen und Stellung vorgeht, um die ganze Angelegenheit völlig zu klären. Wir sind neugierig, ob diese Schlußfolgerungen auch vor die Ausnahmegerichte gestellt werden, wie die Arbeiter. Das Verhalten des Amstrichters, der sich so beeilt hat, die Verhafteten zu entlassen, zeigt ja wieder einmal, daß es zweierlei Recht in Deutschland gibt.

Herrn Stinnes zur gefälligen Bedienung

In einer Vollversammlung der Betriebsräte in Magdeburg hielt Dr. Sirtmer einen Vortrag über die Sozialisierung. Unter dortiges Parteilokal berichtet darüber, und bei aller Kritik sehr sachliche Darstellung ist zu entnehmen, daß Herr Sirtmer gegen die Sozialisierung geredet hat. Und zwar sehr energiegelad. Das mag noch hingehen, denn warum soll der Redakteur der Betriebsratszeitschrift des A. D. G. B. und wirtschaftliche Berater des Korrespondenzblattes der gleichen Körperschaft nicht — gegen die Sozialisierung sein? Aber das der Mann die Gelegenheit eines solchen Vortrages benützt, um die Arbeiterschaft zu beschimpfen, das ist doch wohl etwas stark. Es heißt nämlich in unserem Bericht:

„In seinem kurzen Schlusswort ging der Referent auf die Arbeitslosenfrage ein und teilte mit, daß allein in der Provinz Brandenburg es dem Landesarbeitsamt nicht möglich war, 3400 benötigte Arbeiter zu bekommen, trotzdem in Berlin große Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Man war gewohnt, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen, denn die Arbeitslosen nehmen lieber ihre Gewerbelosenunterstützung, als daß sie arbeiten.“

Man wissen die Agrarier doch wenigstens, womit sie die Einführung reaktionärer Ausländer begründen sollen, die sie längst anstreben: mit der Faulheit der Berliner Arbeiter. Das Sirtmer hat's gesagt.

Das „Berliner Tageblatt“, das der Arbeiterschaft nicht so nahesteht, wie ihr Herr Sirtmer liegen sollte, hob unlängst mit Genugtuung hervor, daß es unter den Berliner Gewerbelosen im allgemeinen keine Arbeitslosen gibt. Man beachte den Unterschied.

Aber: Muß der Mann wirklich die oben genannten Posten im Dienste der freigewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiterschaft bekleiden? Galt es wirklich keinen anderen? Wir möchten diesen Herrn an Stinnes empfehlen, der wird ihn brauchen können.

Streik im Einzelhandel unvermeidlich

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, sind die Verhandlungen in der ersten Wochendunde gescheitert. Die Unternehmer haben eine Zulage von 2½ bis 3 Prozent für Angestellte über 21 Jahre, Lehrlinge und Jugendliche bis zum vollendeten 20. Lebensjahre sollen nicht erhalten. Durch das herausfordernde Verhalten der Unternehmer ist der Streik unvermeidlich geworden. (Siehe auch Gewerkschaftliches.)

Der Streik in England

Keine Verständigung

London, 28. April.

Die Besprechung der Vertreter der Bergwerksbesitzer, der Bergarbeiter und der Regierung dauerte heute den ganzen Tag. Jetzt wird mitgeteilt, daß die Regierung die von ihr angebotenen Unterstützungsgehälter von 7½ Millionen auf 10 Millionen erhöht habe. Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter hat dieses Angebot der Regierung abgelehnt.

Republikanische Landräte

Im Abgeordnetenhaus tagte gestern nachmittag eine Versammlung von Landräten, die der demokratischen, rechtssozialistischen und unabhängigen Partei angehören. Bemerkenswert war, daß von den Landräten, die der Zentrumspartei angehören, keiner erschienen war, obwohl ihnen die Einladung zu gleicher Zeit zugeht, und es wurde von einem Redner mit Recht darauf hingewiesen, daß man denselben um keinen Gläubigen beneiden müsse, der alle Zentrumsländere für Republikaner hält.

Von Interesse war eine Aussprache über Personalfragen und die damit im Zusammenhang stehende „Demokratisierung der Verwaltung“. Von den demokratischen Landräten wurde eine Parole für den neuen Innenminister Dominicus gebrochen. Seine Stellung würde von vornherein als erschüttert zu betrachten sein, wenn er etwa den Forderungen der Reaktionen auf Säuberung der Verwaltung von allen unzuverlässigen Elementen Rechnung tragen würde. Schließlich wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, eine Vereinigung republikanischer Landräte zu gründen, um eine Rückendeckung gegenüber der Regierung und vor allem gegen die immer frecher auftretende Reaktion zu haben.

Die staatsgefährlichen Kriegsopter

Uns wird geschrieben: Am 18. April er. wollte die Magdeburger Kriegsguppe des Internationalen Bundes der Kriegsopter eine Mitgliederversammlung abhalten, wo zur Hauptfrage über die Angebote von Kleidungsstücken der Kriegsopterbesitzer für die Besetzung von Soldaten zu werden sollte. Die Versammlung wurde pflichtgemäß auf Grund des Belagerungszustandes in Magdeburg am 12. April angemeldet. Erst am Tage der Versammlung, kurz vor ihrem Stattfinden, wurde vom rechtssozialistischen und kriegsbeschädigten Volkspräsidenten Krüger die Versammlung mit folgender Begründung verboten:

Auf Grund der Verordnung des Regierungskommissars vom 27. März 1921 wird die für Sonnabend, den 16. ds. Mts., in dem Lokal von Hrd. Stephansbrücke, angemeldete Versammlung hiermit verboten. Da der Internationale Bund der Kriegsopter sich offen für die kommunistische Partei

erklärt hat und dies aus Anlaß der Bundestagung in Magdeburg auch demonstrativ zum Ausdruck gebracht hat, muß erwartet werden, daß die Versammlung dazu benützt werden wird, die öffentliche Sicherheit zu gefährden.“

Nach nochmaligem Ersuchen und mündlicher Verhandlung gelang es, eine Versammlung zum 26. April abhalten zu dürfen, und zwar unter folgenden Voraussetzungen:

„Gegen die Abhaltung der für Montag, den 25. 4. 21, abends 7½ Uhr, im Restaurant von Hrd. Stephansbrücke, in Aussicht genommene Generalsammlung ist polizeilich nichts einzuwenden. Es wird vorausgesetzt, daß sich der Bund in seinen Beratungen nur rein mit organisatorischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten befaßt. Die Versammlung wird überwacht. Der überwachende Beamte hat den Auftrag, für den Fall, daß sich der Bund mit Beratungen pp. befaßt sollte, durch welche die Staatsautorität gefährdet werden könnte, die Versammlung auszulösen. gez. Friedrich, Polizei-Obersekretär und Rechnungsrat.“

Dieses Vorgehen des rechtssozialistischen Polizeipräsidenten ist auf das Schlimmste zu verurteilen, und überdies ist es ein Zeichen dafür, wie der Ausnahmezustand in ungeschickten Händen immer als ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterbewegung wirkt, selbst wenn er, wie wir in diesem Falle annehmen müssen, nicht bewußt in diesem Sinne benützt wird. Im übrigen trifft es nicht zu, daß der Internationale Bund eine kommunistische Kriegsopterorganisation ist. Er ist vielmehr eine rein wirtschaftliche Kampforganisation, in der alle sozialistischen Richtungen vertreten sind.

Reaktionäre Waffenschiebungen

Uns gehen folgende Mitteilungen zu: Dem Landrat von Westpreignitz waren in den letzten Tagen Nachrichten zugegangen über verdächtige Transporte, die auf Verschlebung von Waffen schließen ließen. Der Landrat stellte persönlich Nachforschungen an, und es ihm gelungen, in der vergangenen Nacht einer groß angelegten Waffenschlebung auf die Spur zu kommen. Es wurde ein Lastauto angehalten, dessen Führer nach einiger Zeit gestand, Auftrag zu haben, die auf dem Wagen befindlichen Waffen und Munition nach einem Gute in der Westpreignitz heimlich zu überführen. Das Auto war von einer Privatfirma gemietet, die mit den Dingen nichts zu tun haben wollte. Nach einigem Sträuben nannte der Chauffeur seine Auftraggeber, die dann sofort festgenommen wurden. Sie gestanden, bereits drei Fahrten zum Zwecke der Verschlebung von Waffen unternommen zu haben. Die Waffen stammen aus Potsdam, das scheinbar die Zentrale der Gegenrevolution darstellt. Es wurde angegeben, daß in den dortigen Kasernen Waffen und Munition in Massen lagern. Die Transporte sind im Auftrage des Landbundes erfolgt.

Daß es sich um eine Waffenschlebung allergrößten Stils handeln muß, geht daraus hervor, daß die Festgenommenen gestanden, die Waffen wurden auf Automobilen nach der Elbe gebracht, um von dort per Schiff weitergebracht zu werden. Der Amstrichter, dem die Festgenommenen zugeführt wurden, hat diese nach einiger Zeit, da es ja keine Arbeiter waren, freigelassen mit der Begründung, daß alles festgestellt und protokolllarisch niedergelegt sei, ein Gefährdungsvorliegen und Verdunkelungsgefahr sowie Fluchtverdacht nicht vorliege.

Weiter gelang es dem Landrat, ein Dokument in die Hände zu bekommen, aus dem mit aller Deutlichkeit zu ersehen ist, daß eine über die ganze Provinz Brandenburg ausgebreitete Organi-

Gemeindewahlen in Belgien

Den am Sonntag in Belgien stattgefundenen Gemeindewahlen wurde schon deswegen mit großer Spannung entgegengesehen, weil nicht nur zum ersten Male auch für die Gemeinden das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht in Anwendung kam, sondern auch die Frauen sich überhaupt erstmalig beteiligen durften. Das nun abgeschlossene Wahlergebnis zeigt, daß zur großen Enttäuschung der Arbeiter die Arbeiterparteien mit den Männern für die sozialistische Partei gestimmt haben. Dank dieser Unterstützung ist es den belgischen Sozialisten gelungen, überall erfreuliche Erfolge zu erzielen und die Hoffnungen der Bourgeoisie, welche am 21. April ihre Niederlage vom 10. November 1919 weitmachen wollten, zu schanden werden zu lassen.

Besonders groß ist der Erfolg der Sozialisten in Wallonien. Dieser ganze Landesteil ist fast ausschließlich in Händen der Sozialisten. Allein im Hennegau haben die Sozialisten in 98 Gemeinden, im Gebiet von Lüttich in 63 Gemeinden die Mehrheit. Insgesamt ist die Zahl der Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit von 36 auf 203 gestiegen. In etwa 20 Gemeinden halten sich Bürgerliche und Sozialisten die Waage, während gleichzeitig die Sozialisten in allen anderen Gemeinden starken Gewinn zu verzeichnen haben. Hingegen ist der Wahlausfall in Brüssel und Antwerpen hinter den Hoffnungen zurückgeblieben. „Le Peuple“, das führende Blatt der belgischen Sozialisten, führt dies auf die zunehmende Tätigkeit der Kommunisten zurück, die sich in diesen Hauptzentren am stärksten zeigen, aber doch vorgezogen hatten, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen.

Neue d'Annunziade in Triume

Gestern haben sich die Faschisten von Triume des Rates hauses bemächtigt und ein vorläufiges Direktorium unter dem Vorsitz des ehemaligen Bürgermeisters Gigante als Regierungsgewalt eingesetzt. Gigante erklärte, daß der Kommandant der Carabinieri von Triume die Verantwortung übernehme. Drei an die Bevölkerung gerichtete Aufrufe wurden veröffentlicht, in denen insbesondere die Wahlen vom 24. d. Mts. als nichtig erklärt wurden. Ein einbruchsvoller Zug bewegte sich unter Hochrufen auf Italic und d'Annunzio durch die Straßen. Die Stadt ist ruhig. Nach Blättermeldungen wurden nachmittags der italienische Delegierte amtlich von dem erfolgten Proklamieren in Kenntnis gesetzt.

Ein Reichshofgesetz. Dem Reichstag ist der Entwurf zu einem Reichshofgesetz zugegangen, das vor allem die nach der Verfassung mögliche Einrichtung von weltlichen und konfessionellen Schulen regeln soll. Der Entwurf wird noch eingehender Betrachtung zu unterliegen sein.

Elternratswahlen in Leipzig. Bei den dieser Tage in Leipzig stattgefundenen Elternratswahlen erhielten: U. S. V. D. 222, S. V. D. 24, A. V. D. 19, Christliche 254 Stimm. Ohne Elternratsbindung hätten die Rechtssozialisten nur einen einzigen Sitz, die Kommunisten nur vier Sitze erreicht.

Grippeepidemie im Saargebiet. Im Saargebiet herrscht zurzeit ähnlich wie im benachbarten Lothringen eine heftige Grippeepidemie, die zahlreiche Opfer unter der Bevölkerung fordert. Allein im Saarbrücker Stadteil Burbach fanden gestern 15 Beerdigungen von Personen statt, die der heimtückischen Krankheit erlegen sind.

Groß-Berlin

Märkisches Wandern

Wiese, Wasser, Sand, Das ist des Märkers Land, Und die grüne Heide, Das ist seine Freude.

Diese vier Eigenheiten, die im allgemeinen der ganzen nord-deutschen Tiefebene eigen sind, geben der Provinz Brandenburg ein besonderes Gepräge. Wohl fehlen in der märkischen Landschaft die himmelanstrebenden Gebirge oder die weite wogende See. Und doch kann die Mark mit anderen Gegenden Deutschlands, und wie man vielleicht ohne zu übertreiben sagen darf, mit anderen Gegenden der Erde in erfolgreichem Wettbewerb treten. Sicher ist mindestens, daß jene Beurteilung der Mark Brandenburg als „Streu- und Büchse“ des Heiligen Römischen Reiches ein beweisloses Vorurteil ist. Der Gewässerreichtum dieser Provinz ist so groß, daß kennzeichnende, vielgewanderte Naturfreunde sie als „das Land der tausend Seen“ bezeichnen haben.

Und nicht mit Unrecht. Statistisch hat Prof. Dr. Samter von der Forstakademie Eberowalde festgestellt, daß von den ungefähren 6000 Gewässern der Mark 4571 fließende Gewässer, also Seen, sind. Wenn diese nun auch gerade nicht von bedeutender Größe sind (der Scharmühlesee bei Fürstenwalde, als der größte, bedeckt bei einer Länge von über 10 Kilometer und bis zu 1,5 Kilometer Breite einen Flächenraum von 13,9 Quadratkilometern), so bieten sie doch dem naturfreundlichen Wanderer und dem von wochentägiger Mühe ausruhenden Arbeiter die überaus notwendigen genutzreichen Stunden der Freude und Erholung. Reiten, Wandern, Laub- und Nadelwälder breiten sich im Lande aus, in denen die vielen kleinen Seen wie hingezaubert liegen. Erlen und Birken säumen ihre Ufer. Zu den freundlichen Dörfern und Kleinstädten führen gutgepflegte Landstraßen mit schattenspendenden, oft recht alten Baumbeständen. So einfach und schlicht auch die Landschaft ist, bietet sie doch immer wieder neue reizvolle, anregende Naturbilder. Auch an alten Bauwerken ist in der Provinz Brandenburg kein Mangel. Die märkische Städte, von denen hier nur Bernau, Prenzlau, Frankfurt a. O., Jüterbog und Brandenburg a. H. erwähnt sein mögen, bergen für den Kunstfreund noch heute hervorragende Schätze früherer Baukunst, nicht zu vergessen die alten Klöster und Klosterreste, wie Chorin, Lindow, Lehnin, Jirna u. a.

Ebenso werden uns vielseitige geologische und naturwissenschaftliche Aufschlüsse über wichtige Vorgänge und Begebenheiten in der Natur- und Erdgeschichte an vielen Stellen der Mark Brandenburg gegeben. Ein äußerst interessantes Gebiet hierfür sind die Rüdersdorfer Kalkberge bei Erkner. In dem hier jutage tretenden Kalkstein, der in großen Blöcken ausgebeutet wird, finden wir versteinerte Reste und andere Spuren der einstigen Tierwelt. Hier entdeckte auch der schwedische Geologe Linné die Beweismittel für seine Inlandtheorie, jene sogenannten Gletscherstrammen, die die gewaltigen Gletschermassen der Eiszeit ins Gestein gegraben hatten. In anderen Teilen der Provinz finden wir Spuren älterer Perioden der Erdgeschichte, so zum Beispiel in der Lausitz bei Senftenberg und Groß-Räschen. Untergegangene Aemäler, von deren riesenhaften Baumbeständen man sich einen Begriff machen kann, wenn man die gewaltigen Baumstämme und Wurzelstöcke betrachtet, werden hier ans Tageslicht gefördert und wandern als Braunkohle oder sogenannte Preßkohlen in die Städte. In Hermsdorf bei Berlin tritt der sogenannte Septarienton jutage, und in Sperenberg bei Jossen wird der Gipsstein gegraben, unter dem wiederum ein mächtiges Steinlager gefunden wurde, das größer und bedeutender als das Steinlager bei Staßfurt sein soll.

An noch vielen anderen Stellen finden wir gewichtige Zeugen vergangener Zeiten. Die schon erwähnten Gletschermassen der Eiszeit haben allenthalben in der Mark Brandenburg das von ihnen aus ihrem Ursprungslande mitgeschleppte Gestein und Geröll als Grund- und Endmoränen abgelagert. Unter den mitgerissenen Sand- und Gesteinsmassen befinden sich auch recht ansehnliche Granitblöcke, sogenannte Findlinge. Die größten von diesen Findlingen sind wohl die Kartgrafensteine in den Kauen-

Arbeiter-Bildungsschule U S P D.

Am Vorabend des Maifestes, Sonnabend, den 30. April, abends 7 Uhr, findet in der Stadthalle, Klosterstraße, eine revolutionäre künstlerische Feier statt. Alfred Beckerle liest ein bisher ungedrucktes Werk Ernst Tollers.

Die Ludditen

Ein Drama aus der englischen Arbeiterbewegung.

Der gesamte Reinertrag wird den nothleidenden Angehörigen der politischen Festungsgefangenen in Niederhohenfeld i. Vazern überwiesen.

Eintrittskarten zu 3 Mark sind zu haben im Bureau der Arbeiter-Bildungsschule, in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

ischen Bergen bei Fürstenwalde an der Spree. Trozdem schon aus einem Teile dieser Granitsteine die vor dem Alten Museum im Lustgarten in Berlin befindliche große Schale hergerichtet wurde, weisen sie dennoch eine ganz ansehnliche Größe auf. So gibt das geologische Antlitz der Mark hervorragende Aufschlüsse in wissenschaftlicher Beziehung.

In dieses landschaftlich wie wissenschaftlich höchst reizvolle Gebiet hinein fahren wir nach dem alten Bernau (seit 1231 Stadtrechte) mit seiner historischen Ringmauer und zu den schönen Laubwäldern am Liepnitzsee, durchstreifen die weiten Forsten am Werbellinsee bei Joachimsthal-Eberowalde und besuchen die alte Klosteranlage Chorin und das große Bauwerk deutscher Technik, die Schleusentreppe des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin, bei Liepe-Niederfinow gelegen. Oder wir wandern durch Buckow und die „Märkische Schweiz“ nach Fürstenwalde am Fuße der Rauenischen Berge und dem „König der märkischen Seen“, dem herrlichen Scharmühlesee. Ein andermal gleiten wir auf flachen Booten durch den idyllischen Spreewald, wo schon seit früheren Zeiten der alte Volkstamm der Wenden heute noch heimisch ist, und bewundern beim sonntäglichen Kirchgang der Spreewaldbewohner in Burg oder Strauß die farbentrichen Trachten der Frauen und Mädchen.

In anderen arbeitsfreien Tagen wandern wir wieder durchs Havelland mit seinen blumigen Wiesenflächen zur ehemaligen Hauptstadt der Mark, nach Brandenburg a. H., oder wir streifen im Spätsommer, wenn die liebliche Heideblume, das blaurolette Erika, blüht, durch die schluchtenreichen Höhen des Fläming, jener Hügelkette in der südlichen Mark bei Belgitz, Riemegg und Bielenburg. So warte noch eine lange Reihe von landschaftlich schönen Gegenden der Provinz Brandenburg aufgezählt werden. Denken wir nur an die herrliche Ruppiner Schweiz oder an das anheimelnd-reizvolle Schlaubetal bei Frankfurt a. O.

Schon seit Jahren haben organisierte Arbeiter diesen Gedanken aufgegriffen, haben sich zu Wandervereinen zusammengeschlossen, um auf diese Weise zur Verwirklichung dieses Ideals beizutragen.

Jeder denkende Arbeiter, jede Arbeiterin sollte den Weg gehen, der uns von den zweifelhaften Vergnügungsorten und Tanzböden, von den Kinos und Kneipen hinausführt in die Natur. Selbst ein Teil der freien Natur, wollen wir da draußen das herrliche, erhabene Gefühl wahrer Freiheit und Ungebundenheit genießen, wollen aus dem Studium der Natur heraus erkennen, wie jede Pflanze, jedes Tier, also auch der Mensch ein Recht zum Leben, zum Leben für sich und die Pflicht zum Leben für die anderen hat. Wenn wir dies erkennen und den richtigen dahnführenden Weg durch die allgewaltige Natur einschlagen, dann werden wir bald das Ziel erreichen, das wir alle erstreben: ein wahres freies Menschentum.

Vandalismus aus Pietät

Die zahlreichen Teilnehmer an der Befreiungsfeierlichkeit der ehemaligen Kaiserin haben in ihrem Drange, sich ja nicht den Anblick irgendeiner Schärpe der ausmarschierenden Generale entgegen zu lassen, allerlei Beschädigungen in Sanssouci angerichtet. Beschädigt ist zunächst der Pflanzenbestand, der von der Hofgärtnerei (gibt es das immer noch?) wieder hergestellt werden soll. Ferner sind folgende Architekturteile und Plastiken beschädigt worden:

An der südlichen Kampe des Neuen Palais sind 11 Baluster des Geländers zerbrochen, die z. T. ausgefüllt, z. T. neu angefertigt werden müssen. Fünf Deckplatten sind verschoben, die wieder verlegt, zum Teil auch verklebt werden müssen. An einer Figur ist ein Fuß abgedrückt und muß ersetzt werden, an einer anderen ein Gewandteil. In der Westseite der großen Avenue ist eine Hermesbüste abgedrückt, sie muß gekittet und neu aufgestellt werden. Vor den Communis hat eine große Welle denselben Schaden erlitten. Diese Reparaturen werden auf rund 3000 M. veranschlagt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ brachte über diese Beschädigungen eine Notiz, zu der sie einleitend bemerkt, man habe den Schaden stark übertrieben. Nach dieser anscheinend offiziellen Beschwichtigung zu urteilen, scheinen diese Verwüstungen immerhin beträchtlich zu sein. Wahrscheinlich hätte die bürgerliche Presse ganz andere Töne der Entrüstung gefunden, wenn diese Beschädigungen bei einer Arbeiterdemonstration erfolgt wären.

Ein Dieb gesucht

Die Polizei hat heute andere Aufgaben wie früher zu erledigen, nur nebelnd kann sie sich ihrer eigentlichen Tätigkeit zuwenden. Daher haben Spüßhunden jetzt kaum damit zu rechnen, daß sie gefast werden. Die meisten Bestohlenen geben überhaupt die Hoffnung auf, ihre Sachen jemals wiederzusehen. Eine Ausnahme davon macht der Schreiber des nachstehenden „offenen Briefes“. Dieses Schreiben zeigt neben großem Optimismus auch einen für unsere Zeit seltenen Humor.

Sehr geehrter Herr Dieb!

Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich Sie nicht bei Ihrem Namen, sondern bei Ihrem Titel nenne. Sie haben sich mir aber nicht vorgestellt, obwohl Sie mir einen Besuch und zwar in meiner Westentasche abgehattet haben. Ich will davon schweigen, ob es gerade höflich ist, wenn ein Besucher gleich bei seinem ersten Besuche eine goldene Uhr mitnimmt. Ich will Ihnen aber unter Discretion mitteilen, daß Sie sich insofern vergriffen haben, als Sie mir eine Uhr weggenommen haben, die für Sie vollkommen wertlos ist. Denn die Uhr ist von so eigenartiger Prägung, daß Sie daran gehindert sind, sie in Geld umzusetzen. Sie mühen denn das Innere des Deckels, in dem ein Emaillebild meiner Kinder sich befindet, und die Buchstaben H. T. auf seiner äußeren Seite zertrümmern und den Kreislauf der Jahreszeiten und der Gestirne, den Ihnen das Zifferblatt anzeigt, aufhalten. Sie können bei der Gestalt der Uhr, die jetzt von jedermann gefast ist, nichts anderes tun, als sie in Ihrem diebstahlreichen Tresor aufheben und werden sicherlich jedesmal Ihr Gewissen schlagen hören, wenn Ihnen das Schlagwerk der Uhr die Stunden, Tage, Wochen, Monate und Jahre verkündet. Für mich hat die Uhr einen unschätzbaren Wert, weil es ein Familienstück ist, an dem ich mit meinem Heren hänge, und ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie so schlecht sind, daß Sie einem Menschen nicht auch eine Freude machen können, der, wie ich, Sie hiermit bittet, mir meine Uhr zurückzugeben. Ich will dann auch Ihren Titel fallen lassen und zu Ihrer Entschuldigung annehmen, daß Sie auf unserer gemeinsamen Fahrt im Autobus Nr. 8 am 23. April, nachmittags, zwischen Potsdamer Platz und Potsdamer Brücke nur einmal haben nach der Uhr sehen wollen und in dem Gedränge meine Westentasche mit der Uhr verwechselt haben. Ich will sogar, wenn Sie mir meine Uhr zurückbringen, mich für Ihre anständige Gesinnung, daß Sie mir nicht auch noch die Uhrkette weggenommen haben, erkenntlich zeigen und Ihnen eine Belohnung von 2000 Mark mit Dank überreichen. Oscar Lieb, Bureau: Markgrafenstr. 28.

Die Klage auf Vollendung der N.-E.-G.-Schnellbahn Abweisung der Stadt Berlin.

In der Projektsache des Verbandes Groß-Berlin und der Stadt Berlin gegen die N.-E.-G.-Schnellbahn-Aktiengesellschaft hat das Landgericht I im heutigen Termin die Klage der Stadt auf Vollendung des Bahnbaues kostenpflichtig zurückgewiesen, weil der beklagte Schnellbahngesellschaft bei den veränderten Verhältnissen die Erfüllung des Vertrages nicht zugemutet werden könne. Der von der Stadt Berlin vorgeschlagene Professor Dr. Blum hat als gerichtlicher Sachverständiger ein Gutachten erstattet und kommt zu dem Ergebnis, daß nach einer vorläufigen Schätzung in absehbarer Zeit ein achtmal größeres als das Friedenskapital zur Herstellung der Bahn erforderlich sei, und auch bei entsprechender Erhöhung der Tarife besteht für die Gesellschaft überhaupt

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermanns Buchverlag Copyright by Der Reichs-Verlag Berlin-Galenslee 1921

(50. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Peter, der wüßbegierig das Benehmen der Reichen beobachtete, bemerkte, Aderman sei zu höflich, um ins Telefon zu hufen. „Wenn Sie fünfundsanzigtausend Dollars à conto zahlen, bin ich bereit, noch zu warten, aber nicht einen Cent weniger.“ Ehrfürchtig erschauernd, erkannte Peter, er habe jetzt die höchste Spitze des Olymps erreicht, höher könne er nicht kommen, bevor er in den Himmel gelange.

Der alte Mann heftete die dunklen Augen auf seinen Besuch. „Wer hat den Brief geschrieben?“ fragte er heiser flüsternd.

Peter war auf diese Frage vorbereitet. „Welchen Brief, Herr?“

„Einen Brief, der mir mitteilt, ich müsse Sie sprechen.“

„Ich weiß nichts davon, Herr.“

„Sie wollen sagen (ein Husten), daß Sie mir nicht einen anonymen Brief geschrieben haben?“

„Nein, Herr.“

„Dann muß ihn einer Ihrer Freunde geschrieben haben.“

„Ich weiß es nicht. Es kann auch ein Feind der Polizei gewesen sein.“

„Was soll es heißen, daß die roten in meinem Hause einen Spion haben?“

„Stand das im Brief?“

„Ja.“

„Das ist vielleicht eine etwas gewagte Behauptung, war bloß eine Idee von mir. Man müßte der Sache nachgehen.“

„Sind Sie der Mann, der die Verschwörung entdeckt hat?“

„Ja, Herr.“

„Sehen Sie sich“, sagte der Bankier. Neben dem Bett stand ein Stuhl, doch deutete es Peter, es sei nicht respektvoll, sich so nahe an das Bett zu setzen; er zog den Sessel etwas weiter, setzte sich auf den äußersten Rand, drehte nervös den Hut zwischen den Fingern. „Legen Sie den Hut fort“, bemerkte der alte Mann gereizt.

Peter stellte den Hut unter den Stuhl. „Entschuldigen Sie, Herr.“

Der alte Plutokrat war schwach und krank, sein Verstand jedoch schien nichts von seiner Schärfe eingebüßt zu haben, und die dunklen Augen durchbohrten Peter. Dieser erkannte, es gelte äußerst vorsichtig sein; ein einziger Fehler bedeutete hier die Vernichtung.

„Erläutern Sie mir alles, Gudge“, sagte der alte Mann. „Wie sind Sie unter die roten gekommen? Fangen Sie beim Anfang an.“

„Ich sagte mir selbst“, erwiderte Peter, „ich will alles herausfinden, was es über diese Leute herauszufinden gibt. Ich besuchte ihre Versammlungen, ließ mich zum Schein allmählich bekehren. Ich sage Ihnen, Herr Aderman, unsere Polizei schläft, ahnt gar nicht, was diese Agitatoren predigen und tun. Ahnt nicht, welchen Einfluß sie auf die unzufriedene Masse haben.“

Peter berichtete weißschweißig über die Propaganda der sozialen Revolution, über Verschwörungen gegen Gesetz und Ordnung, gegen den Besitz und sogar das Leben der Reichen. Er bemerkte, als der alte Mann nach einem Glas griff, dessen Hand zitterte derart, daß er fast das Wasser verschüttete. Als das Telefon abermals klingelte, war die alte Stimme schrill und herrlich.

„Wie, Angus? Man verlangt, die Leute sollen gegen eine Kaution freigelassen werden? Das ist eine himmelstreichende Frechheit! Steht außer Frage. Gehen Sie sofort zum Richter, vergewissern Sie sich, daß die Leute im Gefängnis sind.“ Dann überfiel den alten Bankier ein neuer Hustenansturm. „Hören Sie, Gudge“, leuchtete er. „Alldies weiß ich bereits, will von der Verschwörung gegen mich erfahren. Erzählen Sie, wie Sie diese entdeckten.“

Peter berichtete, natürlich schmückte er seine Erzählung aus — soweit sie Herrn Aderman betraf — die roten rebeten immer noch Herrn Aderman, hatten es ganz besonders auf ihn abgesehen.

„Über weshalb denn?“ rief der alte Mann. „Weshalb?“

„Weil sie glauben, daß Sie sie bekämpfen, Herr Aderman.“

„Das ist nicht wahr, das tue ich nicht.“

„Sie behaupten, Sie hätten das Geld gegeben, um Gooper an den Hals zu bringen, nennen Sie — Sie werden mir verzeihen, wenn ich es ausspreche?“

„Ja, ja, natürlich.“

„Den Obergesetzens! Den Finanzkönig von American-City.“

„König!“ rief der Bankier. „Das ist ja ein Unsinn, ist Zeitungsgerücht. Ich bin ein armer Mann, es gibt in der Stadt zwei Duzend Leute, die viel reicher sind als ich, die

weit mehr Macht besitzen. Es...“ Der alte Mann fing zu husten an, sank erschöpft auf die Kissen zurück und rang nach Atem. Peter wartete stumm, achtungsvoll. Freilich ließ er sich nicht narren, hatte schon oft in seinem Leben mit Leuten gehandelt, hatte häufig gehört, wie Leute ihre Armut und Machtlosigkeit beteuern.

„Hören Sie, Gudge“, hub der alte Mann von neuem an. „Ich will nicht ermordet werden, ich sage Ihnen: ich will nicht ermordet werden!“

„Natürlich nicht“, entgegnete Peter. Er begriff vollkommen, daß Herr Aderman nicht ermordet werden wollte. Doch dachte es Herrn Aderman notwendig, ihm dies unzählige Male zu wiederholen, immer, als wäre es ein ganz neuer verbäufelnder Gedanke. „Ich will nicht ermordet werden, Gudge, will mich nicht von diesen Kerlen erwischen lassen. Wir müssen ihre Pläne vereiteln, Vorsichtsmahregeln treffen — alle Vorsichtsmahregeln, alle.“

„Deshalb bin ich hier, Herr Aderman“, erklärte Peter feierlich. „Ich werde alles tun, wir werden alles tun.“

„Und die Polizei, und Guffens Agentur?“ fragte der Bankier. „Sie glauben, die Leute sind unzulänglich?“

„Sehen Sie, Herr Aderman“, meinte Peter, „die Sache ist etwas peinlich für mich, diese Leute sind meine Vorgesehten...“

„Unsinn!“ rief der andere. „Ich stelle Sie an, ich gebe das Geld, und ich will die Tatsache erfahren, alle Tatsachen.“

„Die Leute haben sich mir gegenüber sehr anständig benommen...“

„Sagen Sie mir alles!“ herrschte ihn der alte Mann an. Er schien äußerst reizbar zu sein, keinen Widerspruch zu dulden. „Was werden Sie den Leuten vor?“

Peter antwortete demütig: „Ich könnte Ihnen vieles mitteilen, das für Sie von Nutzen wäre, Herr Aderman, wüßte ich, daß es zwischen uns beiden bleibt.“

„Gut“, entgegnete der andere häutig. „Was?“

„Wenn Sie jemandem gegenüber auch nur eine Andeutung machen, bin ich verloren.“

„Sie sollen nicht entlassen werden, dafür werde ich sorgen. Wenn es nötig ist, stelle ich persönlich Sie an.“

„Sie begreifen nicht recht, Herr Aderman. Das ganze ist eine Maschine, man kann nicht dagegen rennen, muß sie richtig verstehen, richtig handhaben. Ich möchte Ihnen gern helfen, kann es auch, aber Sie müssen mir gestatten, Ihnen einiges zu erklären, müssen einiges verstehen lernen.“

„Gut. Vorwärts.“

(Fortsetzung folgt.)

keine Möglichkeit, den Bau auf der Basis des abgeschlossenen Vertrages zu Ende zu führen. Wir werden auf dieses Urteil zurückkommen, sobald uns die nähere Begründung bekannt sein wird.

Die monarchistische Polizei

Gestern fand eine Gedächtnisfeier für die verstorbene Kaiserin im Dom statt. (Die Monarchisten dehnen die willkommene Gelegenheit zu ihren Demonstrationen sehr lange aus!) Die dienst-eifrige Polizei (besonders dienstförmig, wenn es sich um Hilfe gegen die Arbeiter und für die herrschenden Klassen handelt) bildete ehrfurchtsvoll Spalier und behüte die unberechtigten Ab-sperrungen bis an den Luftarten aus. Einzelne Beamte schauten sich nicht, dort sich aufhaltende Frauen, in einem Falle sogar handgreiflich, zu belästigen. Die absperrenden Mannschaften wurden von Offizieren mit Trauerflor befehligt. Ist das schon der neue Kurs des Herrn Dominicus?

Das Moabiter Krankenhaus wurde 1870 in Form von Rotbaraden erbaut und wird in dieser Form größtenteils heute noch benutzt. Hieraus haben sich naturgemäß im Laufe der Zeit unbehaltbare Zustände ergeben. Inzwischen wurden massive Wirtschaftsgebäude aufgeführt. Der Ausbau des Krankenhauses selbst ist seit Jahren geplant. Der Magistrat hat demgemäß heute beschlossen, daß der Ausbau des Krankenhauses Moabit abbad in Angriff genommen wird. Die erste Bauperiode umfaßt 1921 und 1922 und erstreckt sich auf einen Tuberkulosepavillon von 78 und einen chirurgischen Pavillon von 215 Betten. Der weitere Ausbau soll später erfolgen. Angefordert für die erste Bauperiode sind circa 12 Millionen Mark.

Wiedereröffnung der Volksschwimmhalle in der Barwaldrstraße. Nach überaus langer Pause soll nun endlich die Schwimmhalle in der Barwaldrstraße ihre Pforten öffnen. Wenn auch sehr langsam, so doch ansehnlich rasch, gewinnt in unserer Stadtverwaltung die Ansicht Boden, daß die Eröffnung der städtischen Hallenbäder nicht nur ein Bedürfnis, sondern eine ernste Notwendigkeit zur Erhaltung unserer Volksgesundheit ist. Der Bezirk Berlin VI (Halleisches Tor) wird aus Anlaß dieser Begebenheit (ist leider heute schon ein Ereignis) durch ein Schauschwimmen, ausgeführt vom Kreise I des Arbeiter-Wasserport-Verbandes, eine kleine Feyer in Szene setzen. Die guten Darbietungen unserer Arbeiter-Schwimmer sind genügend bekannt. Neben spannenden Wasserballspielen, Reiten, Springen, Tauchen, werden auch sportliche Wettkämpfe in Staffetten ausgetragen. Es ist Sache der Arbeiterklasse, diese Veranstaltung zu besuchen. Die Vorführungen beginnen pünktlich um 2 1/2 Uhr und sind um 4 1/2 Uhr beendet, da dann die Halle anderen Zwecken zur Verfügung steht. Hoffen wir, das auch die Badenanstalten Gerichtsstraße u. a. bald geöffnet werden, damit diese Kulturstätten ihrer ureigensten Verwendung zur Verfügung stehen.

Gegen die geplanten Straßenbahnbeschränkungen macht sich schon jetzt, besonders in den Außenbezirken, lebhafter Widerspruch geltend. So hat die Demokratische Fraktion des Bezirks 13 (Tempelhofer-Marienhorst) zur nächsten Sitzung der Bezirksversammlung am Freitag einen Antrag eingebracht, wonach das Bezirksamt sich unverzüglich mit den zuständigen Stellen im Magistrat ins Benehmen setzen möge, um zu verhindern, daß die Lichter vermindert werden, die Linien 44 (nach dem Tempelhofer Feld) und 96 (Einschlüsse nach der Französischen Straße) ein-gehen zu lassen. Es soll vielmehr auf Verstärkung des Verkehrs und kleinstmögliche Ausbau der Linien 70 und 73 bis nach Marienfelde und Lichtertrabe gebrungen werden.

Milchlieferung. Am Freitag, den 22., und Sonnabend, den 30. d. M., Sonntag, den 1. Mai, und Montag, den 2. Mai, werden die D. I., D. II. und D. III-Karten mit je 1/2 Liter Frischmilch beliefert. An den gleichen Tagen werden die 1/2-Liter-Krankenkarten und Alterskarten mit Frischmilch beliefert mit Ausnahme der Bezirke 1, 2, 4, 5 und 9. Als Ersatz für die ausfallende Frischmilch wird in diesen Bezirken 1/2 Liter Emulsionmilch verausgabt. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden, soweit sie nicht bereits dem Milchkami Berlin angeschlossen sind.

Die Benutzungsfrik für die Umkleekabinen der Berliner Straßenbahn (1,50 Mk.), die bisher zwischen 1 Stunde 5 Minuten und 2 Stunden 5 Minuten — je nach der Zeit des Fahrtantritts — schwankte, ist nunmehr, einem allgemeinen Wunsche entsprechend, auf mindestens 1 1/2 und höchstens 2 1/2 Stunden, also im Durchschnitt auf 2 Stunden ausgedehnt worden. Bis zu 30 Minuten nach der vollen Stunde wird bei Lösung des Scheins die angefangene Stunde gelocht, nach halb die nächste Stunde. Die zweite Fahrt muß, wie bisher schon, innerhalb zwei Stunden nach der gelochten Zeit angetreten werden.

Der jüngere Raubüberfall auf die Familie des Kolonialwarenhändlers Stenzel in Oranienburg, über den wir ausführlich berichteten, kommt nach den letzten Feststellungen ebenfalls auf das Konto der bewaffneten Räuberbande, die schon eine ganze Reihe Raubzüge dieser Art auf dem Nordholz hat, und deren Anführer der Leiter des Bordenüberfalls auf das Personauto bei Strausberg ist: der Räuberhauptmann der Mark, der Mann mit der Hornbrille. Der letzte Überfall in Oranienburg hat ein Menschenleben gekostet. Der Schlächter Rangesdorf, der ebenso wie der Fuhrmann Elsmann im Kampf mit den Verbrechern angefallen worden ist, ist seinen Verletzungen erlegen. Für die Aufklärung dieses neuen schweren Verbrechens hat der Regierungspräsident von Potsdam eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, eine genaue Beschreibung der drei Räuber von Oranienburg zu erlangen. Sie läßt erkennen, daß es sich um dieselben Räuber handelt, die am 10. März ds. Js. wie wir seinerzeit ausführlich berichteten, ein Bauerngehöft bei Fernsprung in der Mark ausplünderten. Damals gaben sich die Verbrecher als Beamte des Landratsamtes aus, zogen dann aber plötzlich die Pistolen, knielten und fesselten die ganze Familie und raubten 4000 Mark bares Geld, wertvolle Schmuckstücke und einen Posten Leib- und Tischwäsche. Einer der Räuber war durch seine spitze, nach links geneigte Nase aufgefallen. Auch einer der Räuber von Oranienburg hatte dieses Kennzeichen und ist

zweifellos mit dem „Schreiber“ identisch. Er wird übereinstimmend mit diesem beschrieben als ein Mann von etwa 25 bis 30 Jahren, mit einem hageren Gesicht und einem Anflug von Schnurrbart, der spitzen, nach links geneigten Nase und wohlgepflegten Händen. Auf dem linken Auge schielt er etwas. Wie damals trug er wieder einen dunkelbraunen Ullster und dazu einen grauen weichen Filzhut mit einem schwarzen Bande. Auch der „Eipo-Soldat“ gehörte wieder zu der Bande, ein Mann von etwa 25 Jahren und 1,65 bis 1,75 Meter Größe mit einem schmalen, hartholzen Gesicht, der eine Eipo-Uniform mit Mantel trug. Der dritte Räuber ist etwa 30 Jahre alt und 1,65 Meter groß, hat ein volles Gesicht und stark hervortretende Backenknochen und eine alte Narbe, die vom linken Ohr bis zum linken Auge geht. Er trug einen grauen Ullster und einen schwarzen weichen Hut. Mitteilungen über diese Verbrecher werden von Kriminalkommissar Bernburg im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 601, entgegengenommen.

Auf der Flucht erschossen wurde gestern früh in der Kanistraße zu Charlottenburg ein junger Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht bestimmt feststeht. Der Kriminalwachmeister Koffe sah den Mann kurz nach 4 Uhr ein Motorrad die Kanistraße entlang fahren. Er schöpfe Verdacht, zumal da das Rad keine Nummer hatte, hielt ihn an und fragte ihn nach der Herkunft des Rades und nach seinem Ziele. Weis er in jeder Beziehung ungenügende Auskunft erhielt, so forderte er den Verdächtigen auf, ihm zur Feststellung seiner Persönlichkeit nach der nächsten Reiterwache zu folgen. Der junge Mann ging auch ein Stück Weges ruhig mit. In der Nähe der Fasanenstraße jedoch blieb er plötzlich stehen und blähte sich. Der Wachmeister vermutete, daß er irgendeine Waffe hervorholen wolle, und zog deshalb gleich seine Dienstpistole. Der Mann erklärte nun, daß er nur seine Strümpfe hochziehen wolle. Plötzlich aber ließ er das Rad im Stich und ergriff die Flucht. Als er auf wiederholten Anruf nicht stehen blieb, schoß Koffe hinter ihm her und traf ihn so schwer, daß er tot zusammenbrach. Nach Papieren, die man bei ihm fand, ist der Erschossene wahrscheinlich ein 24 Jahre alter, aus Woltersdorf gebürtiger, schon wiederholt bestraffter Dreher Karl Dahle, der in Berlin keine Wohnung zu haben scheint.

Defekteintritt in der Charlottenstraße. Auf dem Boden des Hauses Charlottenstraße 49 waren seit einiger Zeit zur Vermeidung der Umbauarbeiten größere Kalkmassen gelagert. Gestern vormittag brach der Fußboden unter der schweren Last durch und die Kalk- und Schuttmassen stürzten in die im vierten Stockwerk belegene Wohnung des Geschäftsführers W. Kistenau, der mit Frau und Tochter gerade beim Frühstück saß. Die ganze Familie wurde unter den Trümmern begraben, ist aber mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon gekommen. Die alarmierte Feuerwehr befreite die Verunglückten aus ihrer Lage und schaffte sie nach der nächsten Rettungsstelle.

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums teilt mit, daß nach unferer Veröffentlichung — Rohheitsakt eines Polizeibeamten — sofort eine genaue Untersuchung des Voralles angeordnet ist. Das Ergebnis soll unverzüglich veröffentlicht werden.

Gewerkschaftliches

Die Kaufmannsgerichtswahlen

Der Ausfall der Wählerwahlen zum Kaufmannsgericht zeigt deutlich, welche der drei großen Angestellten-Gewerkschaften die Führung der Handlungsgehilfen übernommen hat.

Nicht der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der zu gunsten seiner deutschvölkischen Einstellung nur zu oft das wirkliche Interesse seiner Mitglieder vernachlässigt, kann sich dessen rühmen. Auch nicht der Gewerkschaftsbund der Angestellten, dessen Vorsitzender Gustav Schneider, Leipzig, durch sein arbeitnehmerfeindliches Verhalten bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes auch der breitesten Öffentlichkeit zur Genüge bekannt ist, kann dies für sich in Anspruch nehmen.

Der Zentralverband der Angestellten allein darf behaupten, daß er an erster Stelle steht.

Bis Mitte März sind im ganzen 1065 Wähler gewählt worden. Davon erhielt der Zentralverband der Angestellten (Z. d. A.) 371 Sitze, der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.) 226 Sitze und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (D. H. V.) 361 Sitze. Die restlichen 110 Sitze verteilten sich auf die verschiedenen örtlichen Verbände und vereinigten Listen. Berücksichtigt man dabei noch, daß ein ziemlicher Teil der Angestellten-Gewerkschaft, z. B. Angestellte bei Behörden und Krankenkassen usw., die fast reiflos im Z. d. A. organisiert sind, nicht zur Wahl zugelassen waren, so wird man erst recht lagen müssen, daß der freigewerkschaftliche Gedanke die weitaus größte Zahl der Angestellten für sich gewonnen hat. Vergleichen wir die jetzigen Wahlergebnisse mit den Wahlergebnissen der Vorkriegszeit, wo der Z. d. A. zum Beispiel 1913 in München über 9 Sitze verfügte (jetzt 23), 1913 in Leipzig über 4 Sitze verfügte (jetzt 13), 1912 in Chemnitz über 3 Sitze verfügte (jetzt 15), so hat man einen weiteren Beweis.

Wehr und mehr erkennen auch die Handlungsgehilfen, daß sie nur Lohnsklaven des Kapitals sind, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung sie ebenso wie jeden Arbeiter zu einer Nummer degradiert. Trotz des Geschreies der Führer des D. H. V., die auch jetzt noch vom besonderen Kaufmannsgehilfenstand fabeln, bricht sich bei allen Angestellten der Gedanke mehr und mehr Bahn, daß nur eine Einheitsfront der Kopf- und Handarbeiter in der Lage ist, den Kampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen. Für die Handlungsgehilfen und Bureauangestellten beiderlei Geschlechts kommt als gewerkschaftliche Organisation einzig der Zentralverband der Angestellten in Frage.

Buchdrucker-Betriebsräte

Sonnabend, den 30. April 1921, nachmittags 1/3 Uhr, bei Schirm, Charlottenstraße 8, Zeitungsbezirke. Gruppenrat Graphisches Gewerbe.

Betriebsrätefragen

Beachtenswerte Entscheidung für Betriebsräte.

Eine wichtige Entscheidung fällt der Gewerberat Hagen (Bezirkswirtschaftsrat). Dieser Entscheidung lag folgender Tatbestand zugrunde: 2 Mitglieder des B.R. der Firma Eisenwerk Gerns (Halpe) hatten Klage beim Gewerbegericht Halpe erhoben auf Erlass von Haftkosten gemäß § 36 des B.R.G. Sie waren am 16. November nachmittags auf dem Bureau des Gewerbeaufsichtsamtes, um Beschwerde zu führen wegen Bestrafung der Arbeiter und Erlass eines Ausnahmes der Firma, auf welchem Strafen angebroht wurden. Sie vertraten mit Recht den Standpunkt, daß nach § 60 Abs. 2 diese Strafen nicht ohne Mitwirken des Arbeiterrats verfügt werden dürfen. Sie führten ferner Beschwerde wegen gesundheitlicher Mängel und wegen Verletzung von Unfallgefahren. Die Haftkosten zum Gewerbeaufsichtsamte sind ihnen von der Firma nicht ersetzt worden. Das Gewerbegericht Halpe hat die Klage an das Gewerbeaufsichtsamte (Bezirkswirtschaftsrat) überwiesen. Das Gewerbeaufsichtsamte hat in dieser Frage wie folgt entschieden:

„Es gehört zu den Aufgaben des Betriebsrates, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten und die Gewerbeaufsichtsbeamten bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen.“

Da außerdem gemäß § 80 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes die Festsetzung von Strafen durch den Arbeitgeber gemeinsam mit dem Betriebsrat erfolgt, so gehörte eine Beschwerde hierüber auch zu den Zuständigkeiten des Arbeiterrates. Die Vorbringung der Beschwerde auf dem hiesigen Bureau gehörte mit zur Geschäftsführung des Arbeiterrates.“

Es sind gemäß § 36 des Betriebsrätegesetzes die hierdurch entstandenen Haftkosten als notwendige Kosten der Geschäftsführung anzusehen. Die Haftkosten sind daher zu ersetzen durch die Firma.

Diese Entscheidungen, die wir laufend veröffentlichen werden, sind der Wichtigkeit halber zu beachten, auf Grund deren in ähnlichen Fällen vorgegangen werden kann.

Betriebsräte der Holzindustrie

Montag, den 2. Mai 1921, abends 6 Uhr, im Gewerkschafts-haus, Saal 4, Vorkonferenz der Gruppe VII (Holzindustrie). Tagesordnung: 1. Vortrag über die 10 Punkte des A. D. G. S. Referent: Kollege Kötter. 2. Freie Aussprache. 3. Gruppenangelegenheiten. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Betriebsrats-Ausweiskarte der F. B. A. 3. und Verbandsbuch sind am Saaleingang vorzuzeigen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. Der Gruppenrat der Gruppe VII. J. A.: Bormann, Vorsitzender.

Drohender Streik im Groß-Berliner Einzelhandel

Zu der von Arbeitnehmerseite gegebenen Darstellung über die Lohnbewegung im Groß-Berliner Einzelhandel wird uns von interessierter Arbeitgeberseite folgende berichtende Mitteilung gemacht:

Nachdem Ende Februar der Tarifvertrag von den Angestellten-Verbänden genehmigt worden war, richteten die Gewerkschaften einzeln neue Vorschläge ein, den letzten am 18. März. Bereits am 22. März fand eine Verhandlung statt, die aber von Arbeitnehmerseite als gescheitert bezeichnet wurde. Unterm 5. April wurde von den Arbeitnehmerorganisationen der Reichs-arbeitsminister zur Entscheidung angerufen, gleichzeitig wurde ein einheitlicher Tarifentwurf zum Erlasse der früher eingereichten drei verschiedenen Entwürfe aufgestellt. Am 18. April erlaubte die Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin auf Grund einer telephonischen Mitteilung, daß der Minister abgelehnt habe und nunmehr der Schlichtungsausschuss angerufen sei. Am 25. April fanden Verhandlungen dahelst statt. Der Schlichtungsausschuss hat durch Spruch den Parteien aufgegeben, erst in gemeinsame Verhandlungen über die Differenzen in der Gruppierung einzutreten, alsdann werde er am 4. Mai zur weiteren Verhandlung zusammentreten.

Demnach handelt es sich bei den Verhandlungen am heutigen Tage nur um den Versuch eines Ausgleichs, um die einheitliche Grundlage für die Gehaltsbemessung durch den Schlichtungsausschuss zu schaffen, nicht aber, wie das in der bisherigen Veröffentlichung zum Ausdruck kommt, um eine endgültige Entscheidung. Die Drohung, in den Streik einzutreten, wenn die Arbeitgeber nicht nachgeben, ist unverständlich. Sollte die ordnungsmäßige Entscheidung des Schlichtungsausschusses nicht abgewartet und nicht alle Mittel erschöpft werden, um zu einem Ausgleich zu gelangen, ehe zum äußersten Kampfmittel, dem Streik, gegriffen wird, so fällt alle Verantwortung auf diejenigen Organisationen, die die Situation in der ihnen genehmen Weise zu verschärfen bestrebt sind.

Arbeiterport

Rechts-Arbeiterport. Fast einhimmigen Beschluß der technischen Kommission und des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeiterport findet die für den 23. Mai geplante, der letzten Betriebsratswahl wegen abgelaufener Sportbeurteilung am Sonnabend, den 23. Mai, nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr im Kabinenraum statt. Die Techniker und Ausschussmitglieder des Arbeiter-Verbandes Groß-Berlin für Sport- und Körperpflege haben eine gemeinschaftliche Sitzung am Montag, den 2. Mai, 6 1/2 Uhr, Geschäftsstelle „Arbeiterport“, Köpenicker Str. 108.

Vereinskalender

Freitag, 23. April
Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Der Lehrgang am Freitag fällt aus.
Zentralverband der Angestellten, Teilwaren. Abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Schulhof, Neue Jakobstr. 34-35.
Sonnabend, 30. April
Transportarbeiter-Verband. Vertretertag. Vorkonferenz und Ratgeber und allen Journalen- und Nachgeladungen. Abends 7 Uhr im Englischen Hof, Alteisenbr. 27 (unterer Saal), große Vorkonferenzsammlung.
Freizeitliche Gewerkschaft. Am 1. Mai kein Vortrag.

KON LINON

40's

CAID

MASARY

rund und auch dick!

Ritter gegen die Maifeier

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung war durch eine deutschnationale Anfrage Gelegenheit zu einer Aussprache über den 1. Mai. Den bürgerlichen Parteien ist es höchst unangenehm, daß die Straßenbahner am 1. Mai den Verkehr ruhen lassen wollen. Bürgermeister Ritter, der der rechtssozialistischen Partei angehört, sprach dabei sein Bedauern über den Beschluß der Straßenbahner aus. Alle Verhandlungen mit den Gewerkschaften, die er geführt habe, seien leider erfolglos geblieben. Das ist erklärlich. Denn die Gewerkschaften kennen die Beschlüsse des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes und der Zweiten Internationale, der ja auch Herr Ritter angehört, die zur Arbeitsruhe aufgefordert haben, besser als er. Genosse Ulrich erklärte, daß die Unabhängige Partei es für die Pflicht der Arbeiterschaft halte, diesen Tag der Solidarität der internationalen Arbeiterklasse durch Arbeitsruhe zu feiern.

Weiter war die Tätigkeit der Bezirksämter Gegenstand einer längeren Aussprache, wobei sehr scharfe Kritik an der Ausübung des Bestätigungsrechts des Oberpräsidenten geübt wurde, einem Antrage der Kommunisten aber, der Einführung der Stadträte ohne Bestätigung forderte, konnte nicht mehr stattgegeben werden, weil er schon überholt war. Der Oberbürgermeister, der sich in etwas schulmeisterlichem Ton gefiel, erklärte, daß er hoffe, daß nun, nachdem alle 20 Bezirksbürgermeister bestätigt sind, die Arbeit auch etwas schneller vorwärtskommen wird. Sehr scharf kritisierte Genosse Zubeil das Verhalten des Bürgermeisters Berndt in Schöneberg, der am Tage der Bestätigung der ehemaligen Kaiserin durch Halbmasken eine monarchistische Rundgebung versucht habe. Die Deutschnationalen verließen dabei den Sitzungssaal.

Sitzungsbericht

Eine eingegangene Anfrage an den Magistrat bittet um Mitteilung der Stellungnahme des Magistrats zu den Lohnunterschieden, die zwischen den Tiefbauarbeitern und den Tiefbauunternehmern bei der Nord-Südbahn ausgebrochen sind und zur Einstellung der Nord-Südbahnarbeiten seitens der Arbeiter geführt haben, wodurch schwere Gefahren für das ganze Unternehmen drohen.

Stadtbaurat Hahn erklärte, daß sich der Magistrat in solchem Kampf zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern neutral halten müsse. Die Löhne der Tiefbauarbeiter sind verschiedentlich erhöht worden, weitere Forderungen haben zu einem schiedsrichterlichen Verfahren geführt, die Arbeiter haben den ersten Vorschlag abgelehnt, ein weiterer Vorschlag des Arbeitsministeriums ist dann wieder von den Arbeitnehmern angenommen, von den Arbeitgebern aber abgelehnt worden. Der Magistrat könne sich in diesen Lohnstreit nicht einmischen, er werde dafür sorgen, daß die Nord-Südbahnarbeiten nicht eingestellt werden. Er werde das heutige Schreiben der Gewerkschaften an die Arbeitgeber weiterleiten und hoffe, daß die Sache in befriedigender Weise geregelt werden wird.

Eine weitere Aussprache knüpfte sich an die Anfrage nicht. Es folgt die Anfrage des Genossen Dr. Weigl und Genossen, was der Magistrat zu unternehmen gedenkt, um die Schulräume, die noch von der Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen werden, ihrem eigentlichen Zwecke wiederzugeben.

Stadtbaurat Hahn (U. S.): Die durch die Entziehung von Schulräumen bei einigen Schulen schon seit 6 Jahren entstandenen Mißstände, die vielfach zu einer Vermehrung der Jugend, zur Übertragung ansteckender Krankheiten usw. geführt haben, sind so ungeheuerlich, daß schleunigst für gründliche Abhilfe gesorgt werden muß. Der Magistrat hätte schon längst energischer vorgehen müssen.

Magistratsreferent Stadtrat Weigl gab die Erklärung ab, daß der Magistrat alles versucht habe, um eine anderweitige Unterbringung der Erwerbslosenfürsorge zu ermöglichen. Man habe sich vergeblich an alle in Frage kommenden Stellen, die Räume abgeben könnten, gewendet: Reichswehrministerium, Eisenbahn- und Postbehörden usw. Auch die Verwendung der Stadtbahnhöfe habe man im Auge gehabt. Wenn irgendwelche Räumlichkeiten frei werden, würde der Magistrat sofort zur Stelle sein, um sie mit Beschlag zu belegen.

Eine Besprechung der Anfrage wird nicht beantragt. Eine Reihe von Vorlagen und Anträgen beziehen sich auf Erhöhung der Sitzungsgelder der Vorsitzenden und Beisitzer der Niederschlesischen Ämter, die Entschädigung der Beisitzer an den Gewerks- und Kaufmannsgerichten und an den Versicherungsämtern. Die vom Ausschuss vorgeschlagenen Sätze wurden durch Annahme eines vom Stadtbaurat v. Gerner (D. V.) gestellten Antrages einige Abänderungen.

Eingegangen ist ein Originalantrag v. Gerner und Genossen (D. V.): Den Magistrat zu ersuchen, der Vorlesung der Beamten, Angestellten, Arbeiter der Stadt Berlin, deren Mittel völlig erschöpft sind, sofort weitere Mittel zur Verfügung zu stellen und die Gründung entsprechender Kassen in den Bezirken, in denen noch keine Kassen bestehen, in die Wege zu leiten. Ohne Debatte ging der Antrag sofort an einen Ausschuss.

Stadtbaurat Hahn berichtete über die Aufnahme der Tätigkeit der Bezirksämter. Redner machte dem Oberpräsidenten den Vorwurf, daß er gegenüber den Bezirksämtern Sabotage treibe. Aus Mangel an Räumlichkeiten die Bezirksämter nicht arbeiten. Auch der Oberbürgermeister trage einen Teil der Schuld, er hätte hinter dem Oberpräsidenten etwas mehr Feuer machen müssen. Redner verbreitet sich dann über die Tätigkeit der Bezirksämter. Die Bezirksbürgermeister einiger Bezirke nehmen sich heraus, ein recht selbstherrliches Regiment zu führen. Der genaue Inhalt dieser Verammlung als Reaktionär bekannte Bürgermeister Berndt im Bezirksamt Schöneberg-Friedenau hat sich dieser Tage ein recht starkes Stück geleistet. Eines Tages fanden die Bürger beim Erwachen, daß die städtischen Gebäude halbwegs gefloht hatten. (Lustig rechts: Zur Sache! Lärm links.) Es wurde den erstanten Bürgern Schönebergs gesagt, daß eine Frau gestorben sei. (Große Unruhe rechts. Die Rechte verläßt den Saal. Von der Linken wird unter höhnischem Gelächter den hinausgehenden zugerufen: Auf Wiedersehen!) Genosse Zubeil verbreitet sich dann des Näheren über die Verstorbenen und sagt weiter: In dieser Handlung des Bürgermeisters Berndt liegt eine Verhöhnung der Verfassung und eines großen Teils der Bevölkerung. (Zuruf links: Auf vor ein Ausnahmegericht! Heilerst.) Der Herr Oberbürgermeister habe allen Anlaß, sich mit seinen Untergebenen auseinanderzusetzen.

Oberbürgermeister Weigl erwidert dem Redner. Er lehnte es zunächst ab, sich vom Stadtbaurat Hahn zur Pflichterfüllung anhalten zu lassen. (Stadtbaurat Hahn: Doerr: Schulmeister!) Von Ihnen, Herr Kollege Doerr, brauche ich keine Belehrung. (Unruhe und Lärm links.) Kollege Zubeil scheint über die Bestimmungen des Eingemeindungsgesetzes wenig unterrichtet zu sein. In § 25, Abs. 2 wird ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Bürgermeister über alle Organisationsfragen zu hören sind. Da das bisher nicht möglich war, konnten den Beamten auch nicht Arbeiten zugewiesen werden. Trotzdem hat der Magistrat nach Möglichkeit bereits einzelnen Bezirksämtern Geschäfte zugewiesen. Die Raumbeschaffung hat sich außerordentlich verzögert. Der Magistrat verkennt nicht, daß die in dieser Beziehung vorgebrachten Klagen der Berechtigung nicht entbehren. Der Magistrat hat sich bemüht, Kassen, Kassen usw. zur Verfügung zu bekommen, er hat darüber Verhandlungen mit der Reichs- und Staatsverwaltung gepflogen, aber leider hat er nicht den Erfolg erzielt, den er anstrebte. Darauf ist es zurückzuführen, daß die Vorbereitungen für die Arbeiten der Bezirksämter verzögert worden sind. Aber in aller nächster Zeit werden die Besprechungen mit den Bürgermeistern die Angelegenheit in kürzeren Flügen bringen. Was die Fahnenangelegenheit in Schöneberg betrifft,

St. A. Hirsch (Soz.) erklärt den Antrag Gabel für seine politischen Freunde als unannehmbar. Der Magistrat werde aufgefordert, etwas zu tun, wozu er nicht in der Lage ist. Wir sind Gegner der Bestätigung, und ich bin auch der Meinung, daß dem Oberpräsidenten ein Bestätigungsrecht nicht zusteht. Die Rechtslage ist jedoch zweifelhaft. Wir hätten gewünscht, daß der Berliner Magistrat gegen die Aufforderung des Oberpräsidenten, Mitglieder der Bezirksämter zur Bestätigung einzuladen, Front gemacht hätte. Der Herr Oberbürgermeister ist aber eben der Ansicht, daß die Bestätigung notwendig sei. Bedauerlich ist es, daß Stadtbaurat Hahn die Bestätigung des Oberpräsidenten, die dieser nach pflichtmäßiger Überzeugung gemacht hat, eine Frechheit genannt hat, und ebenso bedauerlich ist es, daß der Vorsteher nicht eingeschritten ist. Scharfster Einspruch muß gegen die ungeheuerliche Behauptung des Stadtbaurats Gabel erhoben werden, daß der Berliner Magistrat die Zulassung der Bezirksämter bewußt verhindert habe. Er hat keinen Schatten des Beweises dafür erbracht. Die Bewegung „Los von Berlin“ wird immer größeren Umfang annehmen, je größer die Überzentralisation wird.

Stadtbaurat Hahn (Soz.) erklärt, daß der Kollege Hirsch scheint meine Jurisdiktion der Neuerung des Kollegen Gabel überhöht zu haben. (Stadtbaurat Hahn: Die war auch danach!) Ich habe den Stadtbaurat Gabel gebeten, sich zu äußern. Das genügt wohl.

Der Antrag Gabel wird abgelehnt. Die Magistratsvorlage wird angenommen. Sie lautet: Als Tag der Übernahme der Tätigkeit der Bezirksämter gilt der Tag der Einführung der Bezirksamtsmitglieder.

Eine von der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gestellte dringende Anfrage an den Magistrat geht dahin, ob es Tatsache ist, daß die Straßenbahner beschlossen haben, am 1. Mai zu feiern, und welche Schritte der Magistrat dagegen zu unternehmen gedenkt?

Bürgermeister Ritter erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Dem Magistrat sei erst vor wenigen Tagen zur Kenntnis gekommen, daß die Straßenbahner beschließen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Der Magistrat hat zu der Angelegenheit Stellung genommen und beschlossen, mit den Gewerkschaftsvertretern Fühlung zu nehmen. Zu seinem Bedauern haben diese Besprechungen zu einem negativen Resultat geführt. Er habe darauf hingewiesen, daß nach seiner Auffassung die Versammlung, die Anteil nimmt an der Feier des 1. Mai, durch die Maßnahmen der Straßenbahner am allermeisten geschädigt werden und er erwarten müsse, daß die Straßenbahner auf die übliche finanzielle Lage Rücksicht nehmen. Wenn alle Anstrengungen gemacht werden, um wieder auszubauen, so müsse doch auch auf der anderen Seite daran gedacht werden, daß eine Hand die andere wäscht. Nach den angelegten Berechnungen ist bei einer Arbeitsruhe der Straßenbahner am 1. Mai auf einen Ausfall von 1.300.000 M. zu rechnen. (Hört! Hört!) Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß an die feiernden Straßenbahner ein Lohn am 1. Mai nicht gezahlt wird. (Lauter Zurufe von links.)

Stadtbaurat Hahn erklärt sich nach dieser Antwort des Bürgermeisters namens der Anfragenden für befriedigt. Die Versammlung beschließt jedoch die Besprechung.

Genosse Ulrich geht zunächst auf die Bedeutung des 1. Mai für das Proletariat ein, seit 1889 lassen es sich die Arbeiter nicht nehmen, den 1. Mai zu feiern als Demonstration gegen den Krieg, für Arbeiterschutz und den Achtstundentag. Genau wie Sie (nach rechts) der Arbeiterschaft ihre künftigen Feiertage aufzutragen, hat die Arbeiterschaft ein Recht, sich ihren Feiertag selbst zu wählen. Selbstverständlich erhebt die Arbeiterschaft keinen Anspruch auf Bezahlung. Den Ausfall der Straßenbahn hat, im Vergleich zu den Kosten der Ausfälle bei früheren Kaiserparaden sehr gering. Es ist heilige Pflicht der Arbeiter, diesen Tag zu feiern.

St. A. Barth (Nat. Sp.) bestreitet den Arbeitern das Recht, den 1. Mai zum Feiertag zu machen, der kein gesetzlicher Feiertag sei. Die Straßenbahner begehren bei Arbeitseinstellung einfach Tarifbruch. Der Magistrat müsse alle Konsequenzen gegenüber dieser Schädigung der Stadt und der Einwohnerhaft ziehen.

St. A. Doerr (Komm.) freut sich, daß die Antragsteller ihm durch ihre Anfrage Gelegenheit geboten hätten, von dieser Stelle aus propandistisch auf die städtischen Arbeiter einzuwirken. Er tut dies in längeren Ausführungen unter dauernder großer Unruhe.

St. A. Dr. Neumann (Dt. Sp.) trägt die Vorrede, wann jemals an einem christlichen Feiertag die gemeinnützigen Betriebe stillgelegt worden seien. Die Leute, die immer von Demokratie redeten, wollten der Mehrheit des Volkes ihren Willen aufdrängen.

St. A. Dr. Dove (Dem.): Die Frage sei hier verschoben. Es handle sich nicht um die Verschüpfung der Maifeier oder Nichtbeschäftigung, sondern um die Stilllegung gemeinnütziger Betriebe.

St. A. Frank (Soz.): Der Gedanke der Maifeier darf nicht überhand nehmen, so daß Gradbesuche eintritt.

St. A. Keffert (Zentr.) warnt die Arbeiter vor dem Anführer dieser Art Maifeier. (Lärm links.)

Damit schließt die Aussprache.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen tritt um 10 Uhr Schluß der Sitzung ein.

Die kommunistischen Sprengkolonnen

Die am Montag, den 23. April, in Neukölln bei Altem stattgefundene öffentliche Versammlung, Thema: „Rutsch und Reaktion“, war, wie vorauszusehen, von den Kommunisten zahlreich besucht. Der Referent, Genosse Dr. Rosenfeld, der die Regierung scharf, aber sachlich kritisierte, wurde gleich zu Anfang seiner Ausführungen durch Zwischenrufe unterbrochen, die keineswegs von politischer Reife zeugten, sondern nur gemacht wurden, um die Versammlung zu stören. Die Zwischenrufer selbst waren meist junge Leute. Rosenfeld rechnete schonungslos mit den verantwortlichen Drahtziehern der K. P. D., ab und zeigte an Hand zahlreicher Materialien, daß mit der Wirtschafstift dieser unverantwortlich handelnden Elemente der Arbeiterschaft ein schlechter Dienst erwiesen wird. Als dann Genosse Rosenfeld während seines Eingehens auf die Vorgänge in Mitteldeutschland die vielen dort gedachten Opfer erwähnte, erfolgten Zwischenrufe, die darauf schließen ließen, daß die Aufer bezahlte Leute sind. Mit einem kräftigen Appell an die kassenbewußten Arbeiter zum Zusammenstoß gegen die Reaktion schloß Genosse Rosenfeld seinen Vortrag.

Als erste Diskussionsrednerin trat die bekannte Ruth Fischer auf, die einleitend mitteilte, daß sie in der Berliner Zentrale der K. P. D. Rye. Was Rosenfeld über die Vorgänge in Mitteldeutschland gesagt habe, sei falsch, auch wenn er sich dabei auf Paul Levi berufe, denn dieser sei als Arbeiterverräter entlarvt. Dasselbe gelte auch von Clara Zetkin, Däumig und andere Führer. Der Baum der Partei müsse von Zeit zu Zeit beschitten werden. Es kommt nicht auf Wissen und Bildung an, sondern darauf, daß das getan werde, was die Partei will. Der nächste Redner, auch ein Kommunist, bewegte sich in demselben Rahmen. Ein Arbeitskollege von ihm gab darauf der Versammlung bekannt, daß dieser nicht dazu berechtigt wäre, in einer öffentlichen Versammlung derartige Tatsachen anzuklagen, da er an seiner Arbeitsstelle ein ganz gewöhnlicher Unternehmerrichter sei, der von seinen Arbeitskollegen als Denunziant und Spion entlarvt sei. Zum Dank dafür, daß unsere Genossen die kommunistischen Reden mit musterhafter Ruhe über sich ergehen ließen, verhinderte die organisierte Sprengkolonne den Referenten am Schlußwort und drängte unter mißlichem Lärm und Singen dem Ausgang zu, so daß der Vorsitzende genötigt war, die Versammlung zu schließen.

Man muß allen Erfalles fragen, ob man in zukünftigen Fällen nicht bezartige Kaiserliche Gestalten, meist feige Reaktionen, einfach an die Luft befördert, anstatt sich solche Mühen gefallen zu lassen.

Moskaus Mühlen mahlen schnell

Wir hatten bereits mitgeteilt, daß der englische Todarbeiterführer Robert Williams, Mitglied der englischen kommunistischen Partei, an der Führung der englischen Bewegung der letzten Tage hervorragend beteiligt war und daß dieserhalb eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde. Nunmehr teilt die „Kölnische Rundschau“ mit, daß die Parteileitung der kommunistischen Partei Englands beschloffen hat, Williams aus der Partei auszuschließen.

Nicht uninteressant ist es, daß derselbe Robert Williams im Dezember vergangenen Jahres den Vereinigungsparlament der K. P. D. offiziell begrüßte im Namen der britischen kommunistischen Partei. Moskaus Mühlen mahlen schnell — ob aber sicher?

Haenisch und die preussischen Lehrer

Wie den V. P. A. mitgeteilt wird, suchte eine Abordnung des preussischen Lehrervereins unter Führung des Vorsitzenden, Lehrer Schwärzel, Magdeburg, den bisherigen Kultusminister Haenisch auf, um ihm anlässlich seines Ausscheidens aus dem Amte den Dank der ohne Rücksicht auf ihre sonstige Parteizugehörigkeit im preussischen Lehrerverein zusammengeschlossenen Lehrerschaft auszusprechen. Mit dem Hinweis, daß Herr Haenisch der erste Minister gewesen sei, unter dem ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen der obersten Unterrichtsverwaltung und der Lehrerschaft zum Segen der Schule und ihrer bedeutungsvollen Aufgabe bestanden habe, verband der Vorsitzende den Wunsch, Herrn Minister Haenisch als eine auf dem Gebiet der Kulturpolitik führende Persönlichkeit auch in seiner zukünftigen Tätigkeit als Abgeordneten in allen wichtigen Fragen des Lehrerstandes und der deutschen Schule an der Seite der deutschen Lehrerschaft zu sehen.

Reidlos gestehen wir, daß Konrad Haenisch diesen Dank dieser echt preussischen Lehrerschaft voll auf verdient hat. Es ist das der Preis von preussischen Lehrern, der unserem Genossen Löwenstein zur Zeit seiner Kandidatur für den Posten des Oberstaatschulrates in einer öffentlichen Verklamung statt der Argumente — antisemitische Rummereien entgegenzusetzen hatte.

Ein mißglückter moralischer Meuchelmord

Wir erhalten von Otto Kühle und Franz Pfemfert folgende Erklärung.

Nachdem die beiden Verteidiger von Max Höls, die Justizräte Victor Frankl und Dr. Broh, uns eröffnet haben, daß sie in einer bereits vorbereiteten, von Max Höls autorisierten Erklärung den ungeheuerlichen Angriffen gegen uns durch die Presse erhobenen Beschuldigungen in aller Form entgegenzutreten werden, haben wir zu dieser in der Geschichte des deutschen Parteilbens wohl einzig dastehende Infamie folgendes zu sagen:

Es ist un wahr, daß wir 60.000 M. revolutionärer Gelder unterschlagen haben; wir haben niemals solche Gelder in Verwahrung gehabt!

Es ist un wahr, daß wir eine solche Unterschlagung mündlich oder schriftlich eingestanden hätten; wir hatten dazu weder Veranlassung noch Gelegenheit!

Es ist un wahr, daß wir auf ein von Höls gestelltes Mißtrauen hin oder sonstwann diesen mit Denunziation oder Verhaftung („hochgehen lassen“) bedroht hätten.

Es ist un wahr, daß wir direkt oder durch einen Mittelsmann Höls in eine Falle gelockt hätten, um ihn dann der Polizei in die Hände zu spielen.

Wenn im illegalen Verkehr 60.000 M. revolutionärer Gelder verlorengegangen sind, so nicht durch unsere Schuld. Wir haben uns im Gegenteil mit allen Kräften bemüht, Licht in die Angelegenheit bringen zu lassen. Der in dieser Sache von Höls erwähnte „Mittelsmann“ ist nie unser Mittelsmann gewesen und er ist Höls nicht von uns zugeführt worden; er ist auch auf ausdrückliches Verlangen von Höls selbst mit diesem zusammengetroffen.

Wir ersuchen die Presse um Aufnahme dieser Erklärung.

Ein Weisbuch zur Vorgeschichte des Krieges. Der erste Unter- ausdruck des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages wird in den nächsten Tagen ein „Weisbuch zur Vorgeschichte des Weltkrieges“ herausgegeben.

Frankreichs Beziehungen zum Vatikan. Im auswärtigen Ausschuss der französischen Kammer wurde der Antrag, die Beziehungen zum Vatikan wieder aufzunehmen, mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Das bedeutet einen Mißerfolg der Regierung, die jedoch daraus keine Konsequenzen ziehen wird, da sie sich in der Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatikan in keiner Weise gebunden hatte, sondern den Kammermännern die Entscheidung überließ.

Aus schneiden!

Druckfache
211 die
Hauptexpedition der „Freiheit“
Berlin G2
Breite Straße 8-9

